



ARBEITSHILFE

# Mein Auto, mein Kleid, mein Hähnchen

Wer zahlt den Preis für unseren grenzenlosen Konsum?

## **Impressum**

### **Herausgeber**

Brot für die Welt - Evangelischer  
Entwicklungsdienst  
Evangelisches Werk für Diakonie und  
Entwicklung e. V.

---

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin, Germany

---

Telefon +49 30 65211 0  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de

---

**Autoren** Sven Hilbig, Hannes Koch,  
Sarah Lincoln, Francisco Marí

**Redaktion** Maike Lukow,  
Stig Tanzmann

**V. i. S. d. P.** Klaus Seitz

**Grafik und Layout** Nordsonne Identity

**Fotos** ACDIC-Kamerun (S. 43, 44),

Alberto Acosta (S. 19),

Jörg Böhling (Titel, S. 12, 23, 27, 31, 33),

Hermann Bredehorst (S. 3),

Gisela Burckhardt (S. 24),

chris74/fotolia (Titel),

Tineke D'haese (S. 46),

Fahad Faisal (S. 29),

Toru Hanai/Reuters (Titel, S. 17),

Christof Krackhardt (S. 49),

Florian Kopp (S. 41),

Thomas Lohnes (S. 10, 13, 16, 30),

Francisco Marí (S. 45),

Fernando Molerés/laif (S. 11)

**Druck** Spree Druck Berlin

Gedruckt auf Recycling-Papier

**Art. Nr.** 129 700 300

---

### **Spenden**

Brot für die Welt -  
Evangelischer Entwicklungsdienst  
IBAN DE10 1006 1006 0500 5005 00  
Bank für Kirche und Diakonie  
BIC GENODED1KD

---

Berlin, Oktober 2016

# Inhalt

<b>Einleitung</b> .....	<b>2</b>
<b>Konsum in Deutschland</b> .....	<b>4</b>
Was wir verbrauchen	
<b>Die Verantwortung der Autokonzerne</b> .....	<b>6</b>
Das globale Fahrzeug	
<b>Ein gutes Leben - ohne Wirtschaftswachstum</b> .....	<b>8</b>
Interview mit Alberto Acosta	
<b>Der Preis der Kleidung</b> .....	<b>20</b>
Ausbeutung auf Baumwollfeldern und in den Textilfabriken	
<b>Essen, kleiden, fahren</b> .....	<b>34</b>
Unsere Konsumgüter auf Weltreise	
<b>Im Schatten der Fleischfabriken</b> .....	<b>36</b>
Die globalisierte Hühnerproduktion	
<b>„Das Völkerrecht muss sich den veränderten Bedingungen einer globalisierten Welt anpassen“</b> .....	<b>46</b>
Interview mit Olivier de Schutter	
<b>Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Wertschöpfungskette</b> .....	<b>48</b>
Brot für die Welt engagiert sich in Deutschland, Europa und weltweit	

# Einleitung

Das halbe Hähnchen vom Grill für 2,99 Euro oder eine Hose für zehn Euro: Viele Konsumgüter gibt es mittlerweile für sehr wenig Geld. Die Preise für Waren des täglichen Bedarfs sind in den vergangenen Jahrzehnten im Verhältnis zu Arbeitslohn und Arbeitszeit erheblich gesunken. Mussten durchschnittliche Beschäftigte beispielsweise für ein Kilogramm Schweinefleisch 1960 noch 3,5 Stunden arbeiten, so ist es jetzt eine halbe Stunde. Für den Kauf eines Schwarz-Weiß-Fernsehers waren 1960 340 Arbeitsstunden nötig, für einen Flachbildschirm heute nur noch 31 Stundenlöhne. Nur Autos sind seit 1980 teurer geworden: Mussten damals 9,4 Nettomonatsgehälter für einen neuen VW Golf aufgebracht werden, sind es heute sogar 16,4.

Wie kam es zu diesem Preiserückgang? Neben Automatisierung und Intensivierung der Landwirtschaft steckt eine wesentliche Antwort in einem Wort mit 14 Buchstaben: Globalisierung. Die Waren in hiesigen Geschäften stammen ganz oder teilweise aus Fabriken irgendwo auf der Welt. Rohstoffe und Vorprodukte haben sehr weite Wege zurückgelegt. In den Entwicklungs- und Schwellenländern sind die Abbaukosten für Rohstoffe und die Löhne der Beschäftigten niedrig. Davon profitieren neben den Endverbrauchern und -verbraucherinnen auch die transnational agierenden Unternehmen. Ihre Umsätze übersteigen die Wirtschaftskraft mancher Staaten inzwischen um das Vielfache.

Die Kosten für unsere Niedrigpreise bezahlen vor allem die Menschen, die fernab der westlichen Metropolen leben: minderjährige Baumwollpflücker und -pflückerinnen in Usbekistan, Näher und Näherinnen in den Textilfabriken von Bangladesch, die regelmäßig unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen bis zu 16 Stunden am Tag schufteten, Minenarbeiter in Brasilien, die das Erz abbauen, aus denen deutsche Autos gebaut werden, oder von ihrem Land Vertriebene in Paraguay, die nicht wissen, wie sie sich ernähren sollen, seitdem auf ihren Feldern nur noch Tierfutter wächst. Aber auch in Europa bauen die Regierungen zunehmend die Rechte von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen ab und drücken die Löhne.

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem beruht nicht nur auf der Ausbeutung der Menschen, sondern schädigt auch unseren Planeten mehr denn je.

**Ganze Regionen werden durch Monokulturen, Bergbau, Stahlwerke und andere Fabrikanlagen verwüstet. Giftige Abwässer aus den Minen und Intensivlandwirtschaft verseuchen Flüsse und Grundwasser.**

All dies ist längst bekannt. Es liegt auf der Hand, dass wir eine Kehrtwende brauchen. Bisherige Konzepte grüner Wachstumsökonomie werden dafür nicht reichen. Elektroautos zu nutzen, mag als wichtiger Schritt in eine gute Zukunft erscheinen. Daran, dass ständig Menschen- und Umweltrechte in den Erz-, Kupfer- und Bauxitminen der Entwicklungs- und Schwellenländer verletzt werden, ändert eine solche ökologische Modernisierung in den reichen Staaten jedoch nichts.

**Der erforderliche Wandel muss weit über die bisherigen Nachhaltigkeitskonzepte hinausgehen.**

Unser langfristiges Ziel muss eine Postwachstumsgesellschaft sein, die weniger Produkte herstellt und weniger Güter verbraucht. Viele Stimmen aus den Kirchen und der weltweiten Ökumene plädieren für eine „Ethik des Genug“, für die Orientierung an einem richtigen Maß des Produktions- und Verbrauchsniveaus, sodass alle Menschen genug haben, um ein gutes Leben zu führen. Die zentrale Frage der Zukunft ist die nach neuen ökonomischen Austausch- und Produktionsbedingungen, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren, nicht am Profitstreben der Konzerne. Die globalen Gemeingüter wie Land, Luft, Rohstoffe und Meere müssen allen Menschen zugute kommen.

**Das Prinzip sollte lauten: Wohlstand für alle durch mehr Verteilungsgerechtigkeit statt Entwicklung durch fortwährendes Wachstum.**



250.000 Menschen forderten im Oktober 2015 in Berlin „Stoppt TTIP und CETA – Für einen gerechten Welthandel“. Auch Brot für die Welt war dabei, denn TTIP ist weder gerecht noch ökologisch.

Dass sich Regierungen in diese Richtung orientieren, scheitert bislang am profitorientierten Wirtschaftssystem selbst. Denn nicht nur Konzerne konkurrieren miteinander um die günstigsten Produktionsbedingungen. Die Globalisierung hat auch die Staaten in den Wettbewerb um die billigsten Standorte für Unternehmen gezwungen. Deshalb rollen die Regierungen armer Staaten den Investoren oft den roten Teppich aus. Sie tolerieren Umwelterstörungen, ausbeuterische Arbeitsverhältnisse und Steuerhinterziehung. Ein Übriges tun schwache Verwaltungen und korrupte Justizstrukturen. Schlechte Regierungsführung ist für viele Branchen ein Standortvorteil, besonders im Rohstoffsektor und in der Massenproduktion von Konsumgütern.

Der globale Anstieg des Hähnchenfleischverbrauchs und das Streben nach dem neusten iPhone, der Markenjeans und dem größten Auto verbinden Menschen überall auf der Welt. Die folgenden Kapitel erläutern am Beispiel Fleisch, Kleidung und Autos die Auswirkungen globaler Wertschöpfungsketten für Menschen, Tiere und Natur. Deutlich werden dabei erste dringend benötigte Schritte hin zu einem Umbau der globalen Wirtschaftsstrukturen: Nach Jahrzehnten der wirtschaftsfreundlichen Deregulierung des internationalen

Handels brauchen wir einen stärkeren transnationalen Ordnungsrahmen. Den Menschen- und Umweltrechtsabkommen fehlt es bisher an entsprechenden Kontroll- und durchsetzungsfähigen Sanktionsorganen. Dadurch agieren die transnationalen Unternehmen in einem fast rechtsfreien Raum. Selbst bei schwersten Menschenrechtsverletzungen und Umweltverstößen ist es kaum möglich, beispielsweise deutsche Unternehmen haftbar zu machen.

Brot für die Welt plädiert für die Stärkung des globalen Menschenrechtsregimes, einklagbare soziale und politische Rechte sowie eine bessere Rechenschaftspflicht und Kontrolle von Unternehmen. Insbesondere brauchen wir aber eine „Governance von unten“ als Leitprinzip transparenter, partizipativer und freier Entscheidungsverfahren. Nur so kann wieder Raum geschaffen werden für eine gesellschaftspolitische Auseinandersetzung über die gegenwärtige Prioritätensetzung beim Investitions- und Eigentumsschutz.

Die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, die Einlösung der Menschenrechte und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage müssen als Leitplanken wirtschaftlichen Handels anerkannt werden. Die Wirtschaft muss dem Menschen dienen – nicht umgekehrt.

# Konsum in Deutschland

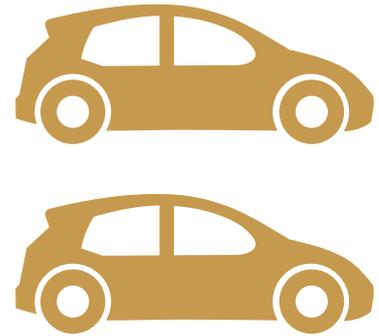
## Was wir verbrauchen

### 55-jähriger Deutscher

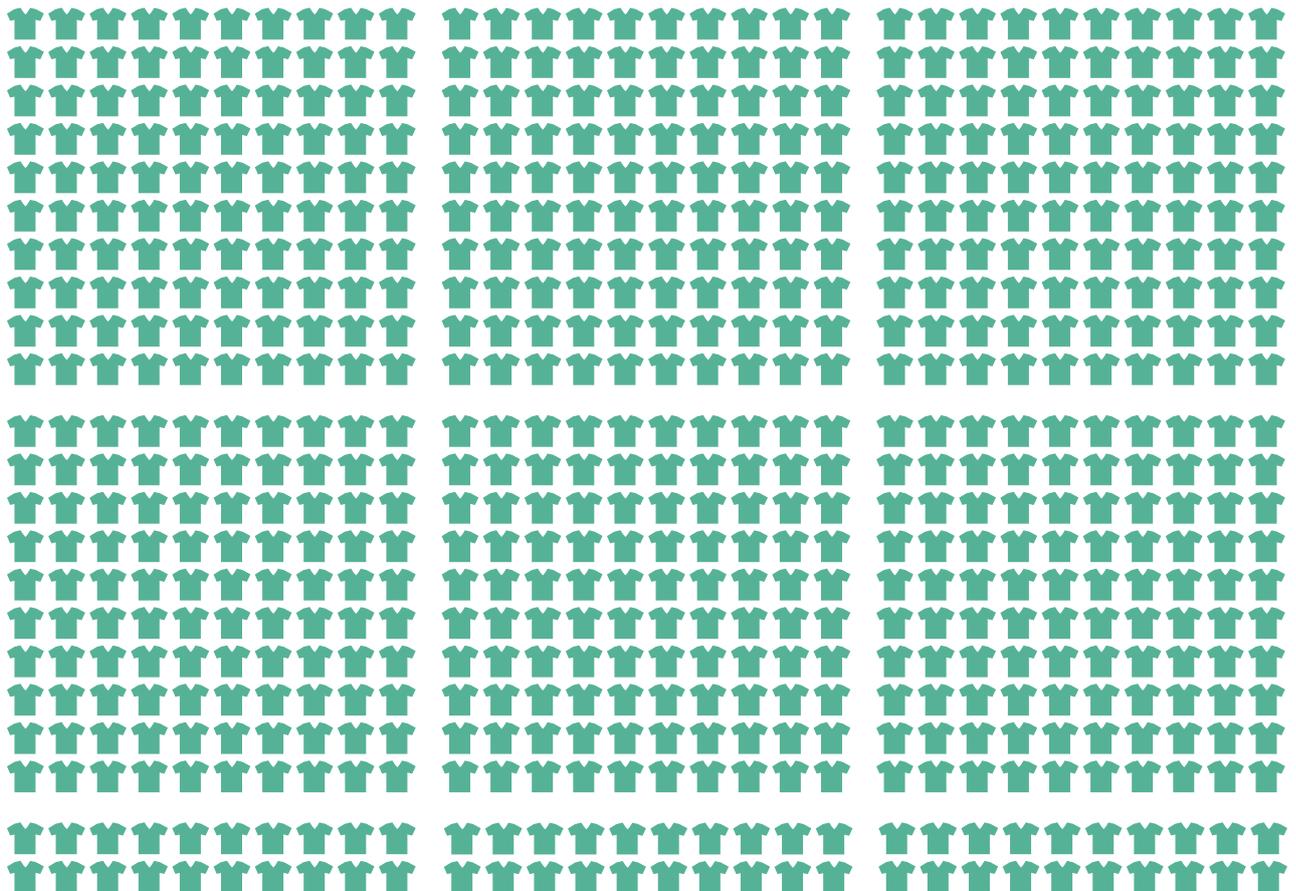
Wir alle konsumieren permanent: Ob Essen, Kleidung oder Autos, manches ist lebensnotwendig, vieles Luxus. Fast unbemerkt kommt im Laufe eines Lebens so ein riesiger Berg an Konsumgütern zusammen. Diese Grafik zeigt die Anzahl der Kleidungsstücke, Autos und Tiere, die ein durchschnittlicher Deutscher mit 55 Jahren bisher gekauft und verbraucht oder verspeist hat.



### 6,7 Autos



### 660 kg Kleidung



Quelle: Agrar Koordination (2013): Verantwortungsvoller Konsum: Wir können auch anders; Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt- und Naturschutz/Le Monde diplomatique (2013): Fleischatlas; ZDF (2013): Deutschland - Wie wir leben (1/3)



2,7 Schafe



2,7 Rinder



8,2 Gänse



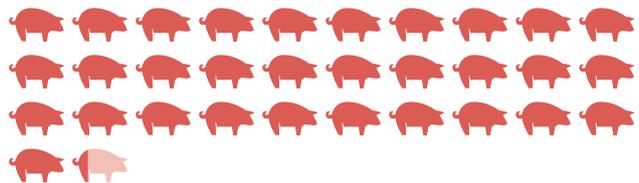
25,1 Enten



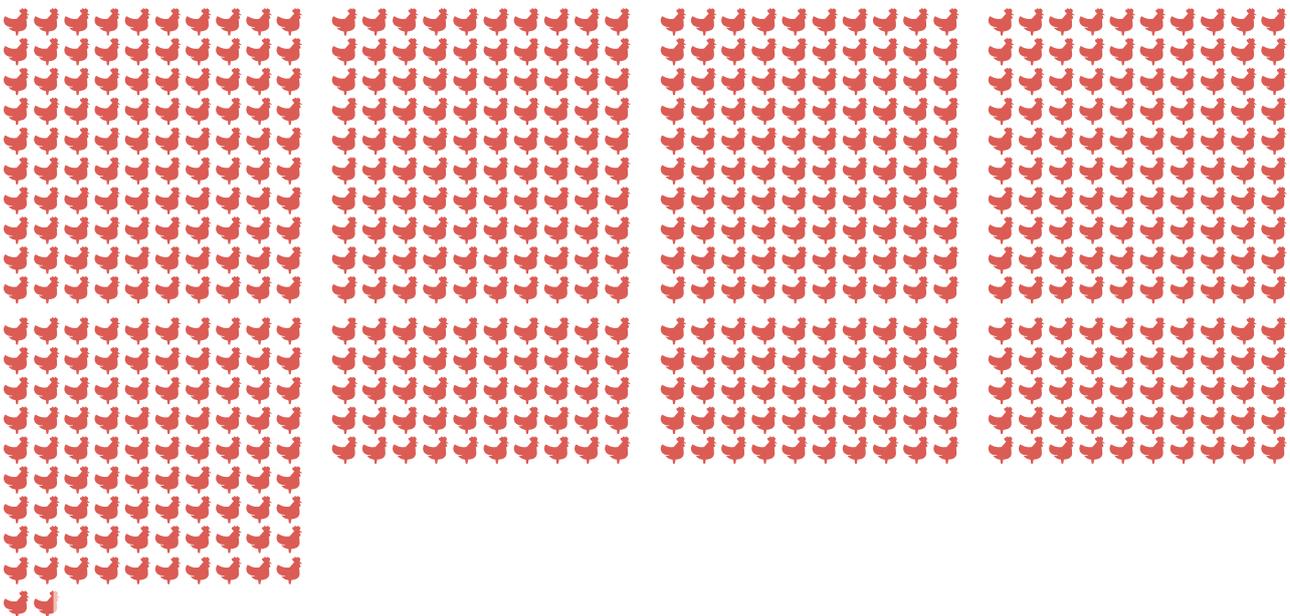
31,2 Puten



31,2 Schweine



641,7 Hühner



## Kapitel 1

# Die Verantwortung der Autokonzerne

## Das globale Fahrzeug

Das Auto ist ein globales Produkt. Viele Menschen betrachten es als Statussymbol und Zeichen von Wohlstand. Fast überall dient es als Rückgrat des Transports und der Wirtschaft. Gleichzeitig wird es in weltweiten Wertschöpfungsketten hergestellt. Tausende Unternehmen und Millionen Menschen arbeiten rund um den Globus in den unterschiedlichen Herstellungsstufen des komplexen Prozesses, an dessen Ende ein VW, ein Mercedes oder BMW ein deutsches Werk verlässt. Doch: Woher kommen die Rohstoffe, die in unseren Autos stecken? Unter welchen Bedingungen wurden sie abgebaut?

Wenige andere Produkte stehen so symbolhaft für die Industriegesellschaft, ihre Attraktivität, ihren Erfolg und ihre Gefahren, wie das Kraftfahrzeug. Seit Beginn des 20. Jahrhunderts ermöglichten die Entwicklung des Autos und des Verbrennungsmotors eine zunehmend flexible und individualisierte Mobilität. Zwar beschleunigte auch die Eisenbahn im 19. Jahrhundert den Verkehr enorm. Doch erst mittels des Kraftfahrzeugs kommen einzelne Menschen fast überall hin – in die Wüsten, auf die Berge.

Ein Auto wird in einer globalen Wertschöpfungskette hergestellt. Europäische und deutsche Firmen nehmen ihre Verantwortung in der Regel wahr, wenn es um die eigenen Beschäftigten geht. Sie versuchen, ihre Angestellten vernünftig zu behandeln, sie zahlen angemessene Löhne und akzeptieren die Interessenvertretungen des Personals als Verhandlungspartner. Dieser zivilisierte Umgang ist jedoch nicht Allgemeingut. Denn in der globalen Wertschöpfungskette des Kraftfahrzeugs arbeiten zahlreiche Unternehmen, welche die Einzelteile herstellen und die dafür notwendigen Rohstoffe wie Erz und Kupfer abbauen. Der überwiegende Anteil dieser Rohstoffe stammt aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Betrachten wir die gesamte Wertschöpfungskette, dann sehen wir, dass die Herstellung von Fahrzeugen häufig mit der Ausbeutung von Arbeitskräften, mit Menschenrechtsverletzungen, Umweltzerstörungen und sozialen Konflikten einhergeht.

Wenn wir wissen wollen, ob Unternehmen ihre Verantwortung tatsächlich umfassend wahrnehmen, müssen wir fragen: Woher kommen die Rohstoffe, die in unseren Autos stecken? Was tun die Automobilkonzerne, um nachzuprüfen, ob bei der Herstellung von Vorprodukten und Komponenten Menschenrechte verletzt wurden und Umweltschäden auftraten?



### Rohstoffabbau

Landnahme und Vertreibung,  
Umweltzerstörung,  
unwürdige und ungesunde  
Arbeitsbedingungen

In den kommenden Jahrzehnten wird sich das Mobilitätssystem Auto durch den bevorstehenden Übergang vom Verbrennungs- zum Elektromotor grundlegend ändern und zum Teil ökologischer werden. Trotzdem werden uns die bekannten Probleme weiter begleiten. Denn auch in Elektrofahrzeugen, die mit Ökostrom aus Sonnen- und Windkraftwerken fahren, stecken hunderte Kilogramm Metalle, die weltweit gefördert, geschmolzen, geschmiedet und weiterverarbeitet werden.

### Vom Erz zum Auto – die Wertschöpfungskette

Idealtypisch unterscheidet man auf dem Herstellungsweg zum Auto vier Wertschöpfungsstufen. Der Prozess beginnt mit der Förderung von Erzen wie Eisen, Kupfer und Bauxit. Im zweiten Schritt werden diese Rohstoffe weiterverarbeitet, beispielsweise Eisenerz zu Stahl und Bauxit zu Aluminium. Die Zulieferfirmen auf der dritten Stufe stellen dann Teile wie Bremsen, Komponenten und

## Vom Erz zum Auto

Die globale Wertschöpfungskette eines Fahrzeugs



Systeme für die Endfertigung der Fahrzeuge her. Die Autokonzerne schließlich bauen 10.000 bis 40.000 Einzelteile zu einem Fahrzeug zusammen.

Vereinfacht kann man sagen, dass Stahl und Eisenwerkstoffe etwa zwei Drittel des Gewichts eines Mittelklassewagens ausmachen. Knapp zehn Prozent sind mittlerweile Leichtmetalle wie Aluminium und Magnesium. Dieser Anteil steigt, weil die Autohersteller zentrale Komponenten der Fahrzeuge leichter machen wollen, um Treibstoff zu sparen. Etwa drei Prozent des Gewichts bilden Buntmetalle wie Messing und Kupfer. Kunststoffe, beispielsweise auf Basis von Erdöl, machen etwa 17 Prozent des Fahrzeuggewichts aus.

### Der Fluch der Rohstoffe

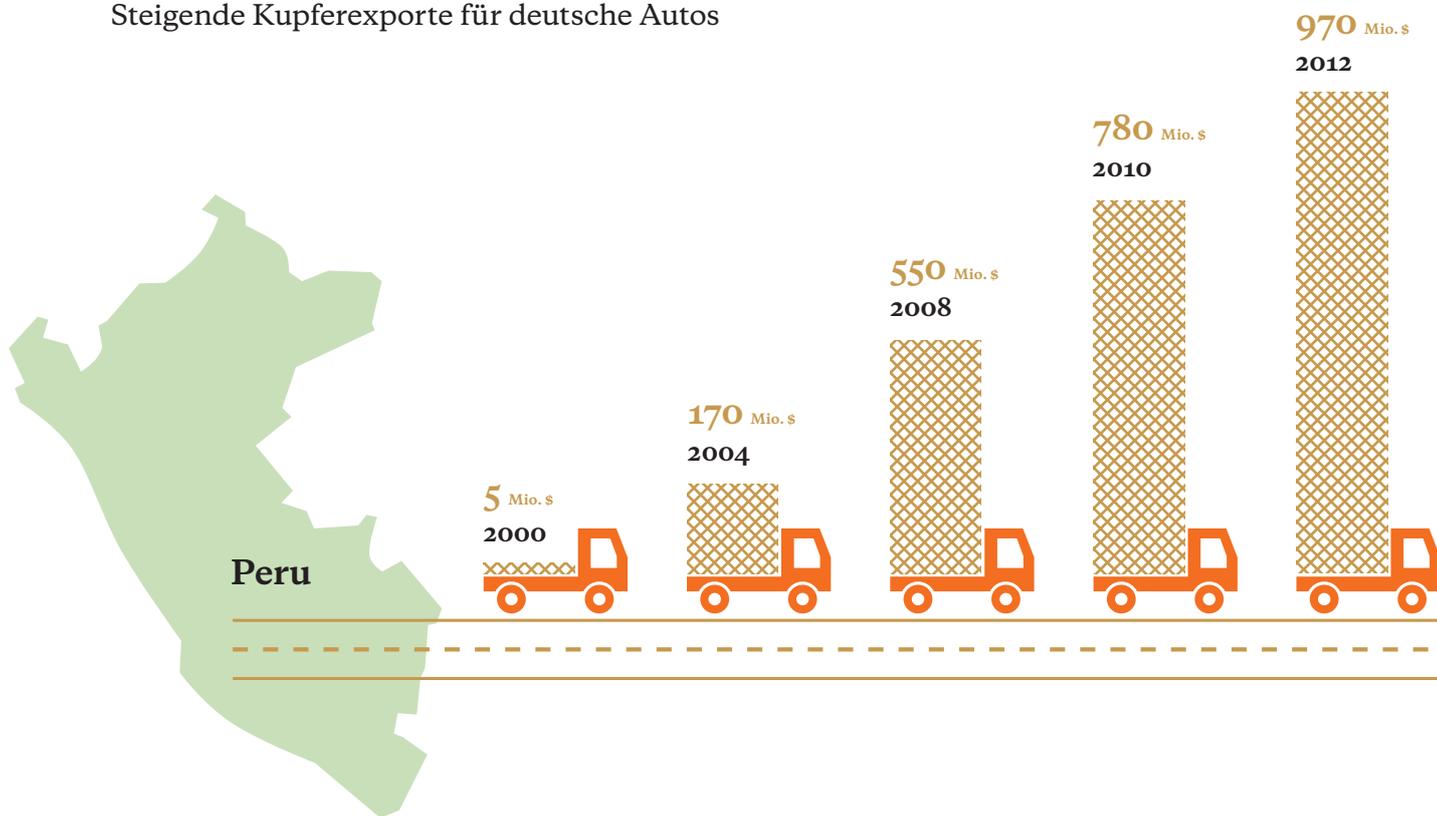
Die ökologischen und sozialen Probleme der globalen automobilen Wertschöpfungskette sind auf den ers-

ten beiden Stufen besonders augenfällig – der Rohstoffgewinnung und ihrer Verarbeitung. Denn die Bergwerke und Hüttenbetriebe stehen oft in Entwicklungs- und Schwellenländern. Im Zusammenhang mit der Ausbeutung von Rohstoffen kommt es immer wieder zu schweren Menschenrechtsverletzungen.

Schlechte Regierungsführung, schwache staatliche Institutionen und Korruption führen dazu, dass die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor oft nicht der Mehrheit der Bevölkerung zugutekommen. In erster Linie profitieren die politischen Eliten in den Abbauländern und die Konzerne. Umweltgesetze sind meist schwach formuliert und werden von den Unternehmen selten eingehalten. Eine staatliche Kontrolle und Sanktionierung von Verstößen findet nur in Ausnahmefällen statt. Damit erhöhen sich die Gefahren von gravierenden Umweltverschmutzungen. Erschwerend kommt hinzu, dass friedli-

### Edles Metall für edle Schlitten

Steigende Kupferexporte für deutsche Autos



Quelle: SUNAT, Estadísticas de Comercio Exterior (Anuarios, Exportaciones Definitivas, [www.aduanet.gob.pe/aduanas/informae/estadisticasComExt.htm](http://www.aduanet.gob.pe/aduanas/informae/estadisticasComExt.htm)) und United Nations Commodity Trade Statistics Database, Exportdaten (UN Comtrade, <http://comtrade.un.org/db/default.aspx>)

che Proteste der betroffenen Bevölkerung gegen Bergbauvorhaben oftmals gewaltsam aufgelöst werden, und zwar sowohl von privaten Sicherheitsdiensten der Konzerne als auch durch Polizei und Militär. In nicht wenigen Fällen kooperieren die von den Unternehmen beauftragten Sicherheitsdienste mit den staatlichen Sicherheitsorganen. Obendrein wird die ortsansässige Bevölkerung durch die Abbauprojekte verdrängt, was ihnen in der Regel die Arbeits- und Lebensgrundlage entzieht. Die Folge: In der betroffenen Region wird die Armut verschärft und Entwicklung behindert.

### Die Probleme der Aluminium-Produktion

Die größten Produzenten von Aluminium in Deutschland sind unter anderem Trimet Aluminium SE, Hydro Aluminium Deutschland GmbH, Aluminium Norf GmbH und Aluminium Oxid Stade GmbH. Letztere gehört zum



**Deutschland**

## Kupfer aus Peru

Kupfer ist der wichtigste Exportartikel des lateinamerikanischen Staates. Über die Hälfte aller Ausfuhren entfallen auf ihn. Etwa ein Viertel der deutschen Kupferimporte stammt aus Peru. Geschätzt verarbeiten die deutschen Autokonzerne in ihren Fahrzeugen pro Jahr 300.000 Tonnen Kupfer. Ein Fahrzeug enthält heute je nach Ausführung bis zu 28 Kilogramm Kupfer.

Viele der peruanischen Minen sind in der Hand internationaler Konzerne wie Glencore Xstrata (Schweiz), BHP Billiton (Australien/GB) oder Rio Tinto (Australien/GB). Mitunter kooperieren diese mit kleineren einheimischen Firmen. Ein wesentliches Problem sind die Umsiedlungen der örtlichen Bevölkerung. Wenn eine neue Kupfermine eröffnet wird, müssen oft Dörfer und Kleinstädte weichen. Die Hoffnung der Einwohner auf Arbeitsplätze in den Minen und ein besseres Einkommen wird zudem nicht selten enttäuscht, so zum Beispiel im Fall des Bergbaus bei der Kleinstadt Morococha. In der hochtechnisierten Industrie finden nur wenige Beschäftigte Arbeit, etwa als Lkw-Fahrer.

Der Bergbau bei Morococha belegt auch die Umweltgefahren, die die Kupfer-Tagebaue mit sich bringen. Früher leiteten die Minen-Betreiber das unter anderem mit Blei und Arsen belastete Abwasser in den benachbarten Fluss, der eine wichtige Gemüseanbau-Region mit Wasser versorgt. Milch, Mais und Kartoffeln aus der Gegend wurden stark kontaminiert. Der Verzehr dieser Produkte stellte eine Gefahr für die Gesundheit der lokalen Bevölkerung dar. Mittlerweile wurde zwar eine Anlage für die Abwasseraufbereitung gebaut, deren Kapazität jedoch nicht ausreicht. Im Umkreis einer anderen Mine - Cerro de Pasco - hat eine Untersuchung des peruanischen Gesundheitsministeriums erhöhte Bleiwerte im Blut von 83 Prozent der dort lebenden Kinder festgestellt.

Diese Beispiele zeigen: Man muss davon ausgehen, dass auch bei der Förderung des Kupfererzes, das die deutsche Autoindustrie verwendet, die Menschenrechte der örtlichen Bevölkerung auf sauberes Wasser, gesunde Nahrung und körperliche Unversehrtheit verletzt werden.

## Stahl von ThyssenKrupp

Das Werk ThyssenKrupp CSA (TKCSA) in Brasilien wurde 2010 fertiggestellt. Nach Angaben des Unternehmens produziert es Stahl für die Weiterverarbeitung in Europa und den USA. Die Produkte sind unter anderem für Automobilhersteller bestimmt.

Seit Beginn der Bauarbeiten für das Werk erhoben zivilgesellschaftliche Organisationen und Anwohner immer wieder schwere Vorwürfe. Die Kritikerinnen und Kritiker sehen in der Anlage an der Atlantikküste 70 Kilometer westlich von Rio de Janeiro die Ursache für viele Umwelt-, Gesundheits- und Entwicklungsprobleme in ihrer Region.

Die Anwohnerinnen und Anwohner in der Nähe des Stahlkomplexes klagen seit Jahren über die starke Luftverschmutzung. Die brasilianische Umweltbehörde SEA ging den Meldungen nach und kam in einer Studie 2012 zu dem Ergebnis, dass der vom Stahlwerk ausgestoßene Staub stark giftig sei. Er enthalte unter anderem Blei, Chrom und Kadmium. Der Stahlwerkstaub könne Bindehautentzündungen, Atemwegsprobleme, Asthma, Lungenkrebs und Missbildungen von Neugeborenen verursachen. Das Umweltamt von Rio de Janeiro verhängte eine Geldstrafe. Geändert hat das aber wenig: Nach Information des Netzwerks Kooperation Brasilien (Kobra) hat das staatliche Institut Fiocruz Ende 2014 erneut auf den giftigen Staub aus dem Werk hingewiesen.

Fischer in der Umgebung klagten zudem über die Verschmutzung des Wassers in der Meeresbucht und die Zerstörung von Mangrovenwäldern. Sie erklärten, dadurch seien ihre Einnahmen aus dem Fischfang zurückgegangen. 5.800 Fischer reichten Schadensersatzklagen in Millionenhöhe ein. TKCSA und ThyssenKrupp wiesen die Anschuldigungen zurück. Bisher sei keine finanzielle Entschädigung bei den Fischern eingegangen, erklärt Kobra.

Dadco-Konzern, einem Anteilseigner der CBG Bauxit Mine im westafrikanischen Staat Guinea. Aus diesem Land stammten 2013 gut 85 Prozent des in Deutschland verwendeten Bauxits, dem Ausgangsmaterial für Aluminium. Dieses Leichtmetall gewinnt auch in der deutschen Automobilindustrie an Bedeutung.



Don Oseas (82) ist Fischer in der Bucht von Sepetiba. Seit dort das Stahlwerk von ThyssenKrupp steht, findet er kaum noch Fische. Zusammen mit knapp 6.000 anderen Fischern hat er auf Schadensersatz geklagt, bisher ohne Erfolg.

Beim Abbau und der Verarbeitung von Bauxit kommt es in Guinea immer wieder zu erheblichen Umweltproblemen. Bei der Verarbeitung von Bauxit entstehen pro Tonne Aluminiumoxid zwei bis drei Tonnen Rotschlamm. Weil dieser unter anderem Blei, Cadmium und Chrom enthält, muss er abgedichtet deponiert werden. Geschieht dies nicht oder kommt es zu Lecks, folgen massive Umwelt- und Gesundheitsprobleme.

Viele Menschen in den Förderregionen Guineas leiden heute unter der Verschmutzung der Gewässer und der Luft infolge des Bergbaus. Auch die Arbeiter und Arbeiterinnen der Bauxitminen und der Raffinerien klagen über gesundheitliche Probleme wie Lungenentzündungen, Atembeschwerden und Tuberkulose. Andere Probleme sind schlechte Arbeitsbedingungen und geringe Löhne. Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Streiks und Protesten, die zum Teil blutig niedergeschlagen wurden.

### Stahl und Armut in Indien

Der Subkontinent ist einer der größten Eisenerz- und Stahlproduzenten weltweit. Auch deutsche Konzerne nutzen indischen Stahl für die Autoproduktion. So erklärt beispielsweise der Automobilzulieferer Bosch, dass er in Indien Vorprodukte einkauft.

Erzförderung und Stahlproduktion beeinträchtigen das Leben vieler Menschen in Indien. Brot für die Welt weiß um diese Probleme unter anderem aus Berich-

## Der Kupferhersteller Aurubis

Der größte deutsche und europäische Kupferhersteller ist die in Hamburg ansässige Firma Aurubis, ehemals Norddeutsche Affinerie. Im Geschäftsjahr 2013/14 hat die Firma nach eigenen Angaben knapp 12 Prozent (2012/13: 18 Prozent) ihrer Kupferkonzentrate aus Peru bezogen. Dies habe etwa fünf Prozent der insgesamt in Peru produzierten Menge an Kupferkonzentrat ausgemacht. Einen Teil davon speist Aurubis in die Wertschöpfungskette der deutschen Autokonzerne ein.

In seinem Nachhaltigkeitsbericht 2013 bekennt sich das Unternehmen zu den Menschenrechten und den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Auch die Lieferanten müssten diese Regularien einhalten, heißt es. In alle neuen Lieferverträge will man entsprechende Klauseln aufnehmen. Bis 2016 beabsichtigt Aurubis ein „systematisches Lieferantenscreening“ zu entwickeln und auszubauen.

Gegenüber Brot für die Welt betont die Firma, „den Großteil der Kupferkonzentrate unter langfristigen Verträgen von großen, weltweit tätigen Bergbauunternehmen“ zu erwerben, „die ihre Umweltstandards regelmäßig veröffentlichen und sich zum nachhaltigen

Wirtschaften verpflichten“. Nicht bei diesen entstünden menschenrechtliche Probleme, sondern bei kleinen Minenbetreibern in Peru. Diese würden Metalle unter teilweise kritischen sozialen und ökologischen Bedingungen produzieren, heißt es. Wenn Aurubis jedoch von solchen Problemen erfahre, kümmere sich das Unternehmen um diese. Die Rohstoffeinkäufer der Firma stünden in regelmäßigem Kontakt mit den Lieferanten und würden auch Besuche vor Ort abstaten, so Aurubis.

Die Auseinandersetzung mit Menschenrechtsverletzungen in den Lieferketten ist ein wichtiger Schritt. Gespräche mit betroffenen Gemeinschaften vor Ort sind dabei zentral. Aber auch bei den großen Bergbauunternehmen sollte Aurubis etwas genauer hinschauen. Ein wichtiger Handelspartner ist der Schweizer Konzern Glencore Xstrata, das größte Bergbauunternehmen weltweit. Immer wieder steht der Konzern in der Kritik, weil für die Minen in Afrika, Lateinamerika und Asien Menschen vertrieben, Umweltstandards missachtet und Proteste gemeinsam mit der lokalen Polizei gewaltsam niedergeschlagen werden.



Beim Abbau von Metallen wie Kupfer kommt es in Peru immer wieder zu Verletzungen der Menschenrechte. So werden die Arbeiter nicht ausreichend vor dem giftigen Staub geschützt, auch die Anwohner leiden. In der Minenstadt La Oroya weisen 99 Prozent der Kinder aufgrund der Abgase aus einer Verhüttungsanlage für Kupfer stark erhöhte Bleiwerte im Blut auf, viele haben Bleivergiftungen.



Um Indien wirtschaftlich und industriell voranzubringen, wurde in den 50er Jahren die Region um Rourkela ausgewählt, um Erz zu fördern. Insgesamt 22.000 Menschen, vor allem Indigene, wurden dafür umgesiedelt.

ten seiner Partnerorganisation BIRSA im Bundesstaat Jharkand. Dieser liegt im Nordosten Indiens unweit von Bangladesch. Brot für die Welt und BIRSA unterstützen dort die indigene Gemeinschaft der Adivasi, deren Lebensgrundlagen durch den Bergbau und die Stahlwerke bedroht sind.

In Jharkand stehen gigantische Stahlwerke und riesige Bergbaukonzerne fördern Eisen- und Kupfererz. Mehrere große Städte gehören zu den am stärksten industrialisierten Regionen Indiens. Die Probleme, die auch bei der Erz- und Stahlproduktion in anderen Ländern auftreten, sind dabei besonders augenfällig. So sind mehrere tausend Angehörige der indigenen Adivasi-Gemeinschaften von ihrem Land verdrängt worden, weil Erzminen eröffnet oder ausgeweitet und Stahlfabriken errichtet wurden. Die Bauernfamilien erhielten meist keine ausreichende Entschädigung. Mitunter bekamen sie überhaupt keinen Ausgleich für den Verlust ihres Landes - dabei leben die Adivasi von der Land- und Forstwirtschaft. Nimmt man ihnen ihr Territorium, verlieren sie ihren Lebensunterhalt. Die Folgen sind Hunger, Armut und verlorene Zukunftschancen.

#### **Alles sauber in der deutschen Autoindustrie?**

Rohstoffe aus problematischem Abbau und Vorprodukte aus konfliktträchtiger Produktion fließen in großer

Menge in die Wertschöpfungskette der deutschen Automobilhersteller ein. Als Beispiele können hier Thyssen-Krupp, Bosch und die Firma Aurubis in Hamburg gelten, die große Mengen Kupfer aus Peru bezieht.

Ähnliche Probleme bestehen bei vielen der mehreren hundert Zulieferfirmen, die an der Produktion eines Autos beteiligt sind. Diese steuern Teile bei, die die Autokonzerne nicht selbst fertigen. Das sind einzelne Elemente des Fahrzeugs wie beispielsweise die Sitze, das Getriebe, die Beleuchtung, die Kabel, der Auspuff, Teile der Elektronik oder die Dachkonstruktion. Allein für diese Stufe der Wertschöpfungskette beziehen deutsche Autobauer Produkte von knapp 700 Zulieferunternehmen weltweit.

Dass sie auf die ökologischen und sozialen Bedingungen achten müssen, unter denen die Vorprodukte hergestellt wurden, ist den Zulieferern und Autokonzerne mittlerweile bewusst. Deswegen sichern sie in ihren hauseigenen Verhaltenskodices und Nachhaltigkeitsberichten ausdrücklich zu, Normen wie die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Prinzipien des Global Compact der Vereinten Nationen und die Leitsätze für multinationale Unternehmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einzuhalten. Diese Regularien schreiben vor, dass weltweit tätige Firmen die grundsätzlichen sozialen, ökologischen und politischen Rechte ihrer Beschäftigten und Anwohner schützen sollen.

In diesem Sinne verlangen die deutschen Unternehmen von ihren weltweiten Lieferanten, die menschenrechtlichen Grundsätze ebenfalls anzuwenden. Ob sie diese Verhaltensregeln kontrollieren und wirklich einhalten, steht allerdings auf einem anderen Blatt.

#### **Anspruch und Wirklichkeit**

Wie die Beispiele Aurubis, Bosch und Volkswagen zeigen, wurden erhebliche menschenrechtliche Probleme in der Wertschöpfungskette der deutschen Automobilindustrie bisher nicht ausgeräumt. Erstens reichen die Standards, die die Unternehmen gewährleisten wollen, teilweise nicht aus. So sichern die Firmen in der Regel die Einhaltung der Mindestlöhne der Produktionsländer zu. Diese liegen aber meist wesentlich unter dem Niveau existenzsichernder Bezahlung. Zweitens erreichen die Kontrollen der großen deutschen Zulieferer und Autokonzerne in der Regel nur die näheren Lieferanten, jedoch nicht die gesamte Wertschöpfungskette rückwirkend bis zum Rohstoffabbau.



2010 wurde das ThyssenKrupp-Stahlwerk in der Bucht von Sepetiba vor den Toren Rio de Janeiros in Betrieb genommen. Wenige Tage danach bekamen die Anwohnerinnen und Anwohner juckende Augen, Atemprobleme und Hautausschlag.

## Was die Unternehmen tun müssen

- Die Firmen müssen die internationalen Konventionen und Vereinbarungen zum Schutz der Menschenrechte in der Wirtschaft in ihrer gesamten Wertschöpfungskette ernst nehmen und umsetzen.
- Die Konzerne müssen hohe Menschenrechts- und Umweltstandards in ihre Richtlinien für Lieferanten und Einkaufsbedingungen integrieren.
- Die Zulieferer und Autohersteller müssen ein systematisches Monitoring entlang ihrer Wertschöpfungskette bezüglich Menschenrechtsverletzungen und Um-

weltzerstörungen durchführen. So sollen die Risiken für Menschenrechte frühzeitig identifiziert, umfassend untersucht und ausgeräumt werden.

- Die Autohersteller müssen sicherstellen, dass unabhängige Kontrolleure Zugang zu allen Stufen der Wertschöpfungskette haben.
- Die deutschen Zulieferfirmen und Autohersteller müssen über die gültigen internationalen Sozial- und Umweltstandards hinausgehen, wenn es nötig erscheint. Beispielsweise reichen staatlich festgesetzte Mindestlöhne in Entwicklungs- und Schwellenländern oft nicht aus. Deshalb ist eine existenzsichernde Bezahlung

## Zulieferer Bosch

Die Robert Bosch GmbH mit Sitz bei Stuttgart ist nach eigenen Angaben mit rund 440 Filialen und abhängigen Firmen in 150 Staaten der Erde präsent. Bosch ist ein wichtiger Lieferant deutscher Automobilhersteller. „Bosch kauft weltweit Halbzeuge für seine internationalen Produktionsstätten ein“, erklärt das Unternehmen. Aus diesen Halbfertigprodukten fertigt es beispielsweise Komponenten wie Startermotoren, Treibstoffeinspritzung und Lenksysteme für die Autoproduktion. Genaue Angaben zu Mengen und Herkunft der Vorprodukte macht Bosch nicht. Gleiches gilt für Angaben zu den Empfängern der Bosch-Produkte. Die Wertschöpfungskette und ihre menschenrechtlichen Aspekte sind für die Öffentlichkeit damit nicht nachvollziehbar.

Bosch bekennt sich zu den „international anerkannten Menschenrechten“. Der Konzern ist Mitglied im Global Compact der Vereinten Nationen, womit er sich unter anderem zur Verhinderung von Zwangs- und Kinderarbeit sowie zur Gewährleistung der Vereinigungsfreiheit verpflichtet. In den „Grundsätzen sozialer Verantwortung bei Bosch“ wird zugesichert, dass „Entgelt- und Sozialleistungen mindestens den nationalen und lokalen gesetzlichen Standards entsprechen“. Das Unternehmen gewährleistet damit nur niedrige Mindestlöhne, nicht aber eine existenzsichernde Bezahlung, die Arbeiterfamilien brauchen, um ein menschenwürdiges Leben zu finanzieren.

Der Konzern verfügt nach eigenen Angaben über ein „systematisches Lieferantenscreening“. Dieses beinhaltet

beispielsweise, ob die Arbeitszeit den Regeln entspricht. Aspekte wie Mindestlohn, existenzsichernder Lohn oder Urlaubszeiten der Beschäftigten in den Zulieferfirmen gehören bislang nicht dazu, erklärt die Firma. Aber „Bosch verstärkt den Umfang der Assessments dort, wo Rückmeldungen und Ergebnisse verstärkt auf einen Handlungsbedarf hindeuten“. Bis 2020 will der Konzern 1.000 Lieferantenaudits durchführen, heißt es im Nachhaltigkeitsbericht 2014. Bisher hätten 367 solcher Überprüfungen stattgefunden. 2015 plant die Firma etwa 70 spezielle Audits im Hinblick auf Aspekte der Unternehmensverantwortung.

Diese Überprüfungen decken nach Informationen von Bosch in der Regel nur die direkten Zulieferer ab, nicht aber die Vorlieferanten. „Aufgrund der hohen Anzahl von Lieferanten und Unterlieferanten sind der vorgelagerte Teil der Lieferkette und die damit verbundenen Prozessschritte für Bosch nicht flächig zu überwachen“, erklärt die Firma. „Da keine vertragliche Beziehung zwischen Bosch und den Unterlieferanten unserer Lieferanten besteht, ist hier ein Eingriff auch rechtlich nicht möglich. Dazu gehört beispielsweise auch der Bergbau. Wir motivieren deshalb unsere direkten Lieferanten, ihre Vorlieferanten entsprechend zu sensibilisieren und zu verpflichten.“ Auch für Bosch trifft damit die Schlussfolgerung zu, dass das Unternehmen nur über teilweisen Überblick über die menschenrechtlichen Zustände in seiner Wertschöpfungskette verfügt.

## Der Automobilkonzern Volkswagen

VW mit Sitz in Wolfsburg gehört zu den größten Autoherstellern der Welt. Das Unternehmen produziert rund zehn Millionen Fahrzeuge pro Jahr. „Volkswagen hat rund 40.000 Zulieferer in über 58 Ländern“, erklärt das Unternehmen. Beispielsweise von Bosch bezieht VW Motorsteuerungen, Einspritzsysteme, Wischeranlagen und -motoren sowie weitere Produkte. Auch VW bekennt sich zu den international anerkannten Menschenrechten, unter anderem in Form der Konventionen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Vergütungen und Leistungen der Beschäftigten sollen jeweils den nationalen Mindestnormen der Staaten entsprechen, in denen die Zulieferer tätig sind. Im Code of Conduct sichert VW außerdem zu, dass internationale Regularien wie die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eingehalten werden.

Die daraus abgeleiteten Anforderungen sind in den Verträgen für die Lieferanten von Produktionsmaterialien enthalten. „Unsere direkten Lieferanten werden verpflichtet, die Anforderungen wiederum an ihre Lieferanten weiterzugeben“, so VW. Erhalte man Informationen,

dass Lieferanten oder Sublieferanten die Nachhaltigkeitsbestimmungen missachteten, leite man eine detaillierte Prüfung ein. Bei Bedarf würden Kontrolleure von VW den Missständen vor Ort nachgehen. Ließen sich diese nicht abstellen, „können wir die Geschäftsbeziehung beenden, wenn der Lieferant keine Bereitschaft zur Entwicklung zeigt“, erklärt der Konzern.

VW weist jedoch daraufhin, dass „die Zulieferkette in der Automobilindustrie bei der Vielzahl der Teile, die in einem Auto verbaut sind, sehr komplex ist. Daher ist ein lückenloser Nachvollzug eines jeden verbauten Gramms eines jeden einzelnen Rohstoffes eine herausfordernde Aufgabe.“ Dies muss man als Umschreibung dafür verstehen, dass dem Unternehmen ein systematischer Überblick über den Weg der Rohstoffe und Produkte in seiner Wertschöpfungskette fehlt. Verstöße gegen Menschenrechte auf den vorgelagerten Produktionsstufen, besonders beim Abbau von Rohstoffen und ihrer Verarbeitung in Entwicklungs- und Schwellenländern, sind deshalb nicht auszuschließen. Dass sie auffallen, angegangen und abgestellt werden, ist eher dem Zufall geschuldet.

für alle Beschäftigten in der Wertschöpfungskette zu gewährleisten.

— In ihrer öffentlichen Berichterstattung über Nachhaltigkeit müssen die Firmen nachvollziehbar und plausibel darstellen, dass sie ihre Verantwortung wahrnehmen. Die Unternehmen sollten die Ergebnisse von Audits und anderen menschenrechtlichen Folgenabschätzungen veröffentlichen und transparent kommunizieren, welche Abhilfemaßnahmen sie einleiten. Nur so ist das Engagement eines Unternehmens für Nichtregierungsorganisationen, Betroffene und Verbraucher überprüfbar.

## Was die Politik tun sollte

— Dass Unternehmen grundlegende Rechte respektieren müssen, ist zwar im Recht der Vereinten Nationen niedergelegt, beispielsweise in den Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte. Allerdings werden diese Regeln oft nicht durchgesetzt. Unter anderem

fehlen nationale Gesetze, um den internationalen Regeln Durchschlagskraft zu verleihen. Bundestag und Bundesregierung, Europaparlament und EU-Kommission sollten deshalb wirksame Gesetze ausarbeiten, damit alle Firmen die Menschenrechte im eigenen Hause sowie in ihren Wertschöpfungsketten respektieren.

— Der deutsche Gesetzgeber muss die Sorgfaltspflicht für Firmen gesetzlich vorschreiben. Unternehmen müssen verpflichtet werden, die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu identifizieren, negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, eingetretene Schäden zu beheben, und über diesen Prozess transparent zu berichten.

— Die Berichtspflicht sollte beinhalten, dass Unternehmen ihre menschenrechtlichen Risikoabschätzungen veröffentlichen und auch über die geplanten Gegenmaßnahmen transparent berichten. Diese Informationen müssen Beschäftigten, ihren Interessensvertretungen



Viele Menschen betrachten das Auto immer noch als Statussymbol. Auf Messen wie der Internationalen Automobil-Ausstellung IAA werden Trends und neue Modelle wie hier von Dieter Zetsche, Vorstandsvorsitzender der Daimler AG, vorgestellt.



Zu viele Autos - Grenzen der individuellen Mobilität anzuerkennen ist eine Zukunftsaufgabe.

und den Verbraucherinnen und Verbrauchern zugänglich gemacht werden. Auch Zahlungen an Regierungen, die zur Korruption beitragen können, sollten ebenso wie die Herkunft der Rohstoffe einer Berichtspflicht unterliegen.

- Bei Verstößen gegen diese Sorgfalts- und Berichtspflichten sind Bußgelder zu erheben.
- Werden Arbeiter/innen oder anderweitig Betroffene durch den Verstoß gegen Sorgfaltspflichten in ihren Menschenrechten verletzt, müssen sie vor deutschen Gerichten klagen und von den Unternehmen Schadensersatz verlangen können.
- Die deutsche Politik soll die Initiative des Europäischen Parlaments für eine verbindliche Regelung zur verantwortlichen Beschaffung mineralischer Rohstoffe aus Konfliktgebieten unterstützen. Und die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die Menschenrechte in internationalen Handels- und Investitionsverträgen Vorrang erhalten.

## Was die Verbraucher tun können

- Verbraucherinnen und Verbraucher können beim Autohändler fragen, was er über die Herkunft der Rohstoffe im Auto weiß - und wie er sicherstellt, dass diese auf verantwortliche Weise produziert wurden. Solche

Nachfragen mögen kleinkariert erscheinen, doch sie zwingen die Mitarbeitenden des Autohandels und mittelbar die der Hersteller, Stellung zu beziehen. Dies ist eine kleine Möglichkeit, längerfristige Veränderungsprozesse anzustoßen.

- Informieren Sie sich, welche Autohersteller die menschenrechtliche Situation in der Produktionskette besser berücksichtigen als andere. Kaufen Sie bei diesen.
- Eine weitere Möglichkeit besteht darin, kleinere Autos zu erwerben, die weniger Rohstoffe beinhalten. Das reduziert die negativen Auswirkungen der Produktion.
- Fahren Sie weniger Auto oder teilen Sie Ihren Wagen mit Freunden und Nachbarn.

---

### Zum Weiterlesen

- Brot für die Welt/Global Policy Forum/Misereor (2012): Vom Erz zum Auto. Abbaubedingungen und Lieferketten im Rohstoffsektor und die Verantwortung der deutschen Automobilindustrie.

## Interview

# Ein gutes Leben - ohne Wirtschaftswachstum

Unser Wirtschaften hat einen zu hohen Preis - für viele Menschen und auch für unseren Planeten. Trotzdem soll die Wirtschaft immer weiter wachsen - dann eben nachhaltig. Die ökologische Marktwirtschaft wird als der Weg der Zukunft gepriesen. Der ecuadorianische Politiker Alberto Acosta plädiert hingegen für eine Abkehr vom Wachstumsdogma und verbreitet das Indigenen-Konzept des „Buen Vivir“, des guten Lebens, in dem das Individuum in Gemeinschaft und Umwelt aufgehoben ist.

Acosta war Energieminister in Ecuador und gehört zu den Initiatoren der Yasuní-ITT-Initiative, in deren Rahmen Ecuador anbietet, einen Teil seines Erdöls zum Schutz der indigenen Völker und biologischen Vielfalt nicht zu fördern, wenn die Weltgemeinschaft sich mit einem Ausgleich an dem entgangenen Umsatz beteiligt. Mangels politischen Willens - auch der deutschen Regierung - ist die Initiative jedoch vorerst gescheitert.

**Herr Acosta, Sie stehen den Konzepten von Nachhaltigkeit und ökologischer Marktwirtschaft, die beispielsweise die Grünen in Deutschland vertreten, kritisch gegenüber. Warum?**

Alberto Acosta: Ich betrachte die Logik der sogenannten Green Economy und der Nachhaltigkeit als bloße Fortsetzungen der herrschenden Wirtschaftsordnung. Damit kann man die globale Umweltzerstörung nicht verhindern. Manche Probleme werden verschoben, andere verschärfen sich sogar. Der Sinn der grünen Marktwirtschaft besteht ja darin, dem Kapital neue Profitmöglichkeiten zu eröffnen. Dadurch nimmt die Vermarktung der Natur noch zu.

**Die Weltgemeinschaft hat ein neues Abkommen geschlossen, das den Ausstoß von Klimagasen verringern soll. Ein Fortschritt?**

Acosta: Nein. Stattdessen zeigt der Kapitalismus wieder seine erstaunliche Fähigkeit, immer neue Mechanismen der Ausbeutung zu entwickeln. Der Neoliberalismus, dem selbst fortschrittliche Regierungen in Lateinamerika nicht abschwören, kolonisiert quasi die Erdatmosphäre und verwandelt die Welt in einen Markt für das Recycling von Treibhausgasen. Mittels des Emissionshandels und der Projekte zur unterirdischen Speicherung von Kohlendioxid beispielsweise wird die Erde immer mehr zur Ware. Von diesem Prozess profitieren dann wieder diejenigen, die die Klimakrise erst

herbeigeführt haben - unterstützt von internationalen Institutionen wie der Weltbank und der Welthandelsorganisation.

**Inzwischen wird viel über die sogenannte Postwachstumsgesellschaft diskutiert. Wie könnte diese aussehen, und wie würde der Übergang dorthin funktionieren?**

Acosta: Wir müssen uns freimachen von der Religion des Wirtschaftswachstums. Außerdem ist es nötig, den Zugriff des Marktes auf die Natur und die Gemeinschaftsgüter zurückzudrängen, die Produktion zu dezentralisieren und den Markt besser zu regulieren. Letzteres gilt besonders für die internationalen Finanzmärkte, die

**„(...) Armut und Ungerechtigkeit sind Ursachen für Umweltzerstörung. Wenn Menschen ihre materiellen und sozialen Grundbedürfnisse befriedigen können, gehen sie auch schonender mit der Umwelt um.“**

einer stärkeren Kontrolle bedürfen. Auch müssen wir die Wirtschaft der Verschwendung eindämmen, neue ökologische Kreisläufe aufbauen und vor allem den vorhandenen Wohlstand national und international besser verteilen. Diese tiefgreifenden Veränderungen werden, davon bin ich überzeugt, nicht in erster Linie von Staaten und Regierungen vorangetrieben, sondern von Individuen, Initiativen und sozialen Bewegungen. Diese müssen wir stärken, ebenso die lokale Selbstverwaltung. Das bedeutet mehr Demokratie, nicht weniger.



Alberto Acosta ist Politiker und Wirtschaftswissenschaftler aus Ecuador. Er vertritt das Konzept des „guten Lebens“, das auf Gemeinschaftlichkeit und Gegenseitigkeit begründete Wirtschaften und Zusammenleben.

### **Sind die Idee der Postwachstumsgesellschaft und Armutsbekämpfung miteinander vereinbar?**

Acosta: Nicht nur das, sie gehören unbedingt zusammen. Durch das Wirtschaftswachstum während der vergangenen Jahrzehnte ist ja die Armut nicht verschwunden. Zwar sind hier und da Fortschritte zu verzeichnen, weil in manchen Staaten der Anteil der Armen an der Bevölkerung sinkt und die Mittelschicht wächst. Gleichwohl hat auch in diesen Fällen meist die soziale Ungleichheit, der Abstand zwischen Armen und Reichen, zugenommen. Die Armut abzuschaffen und den Wohlstand radikal umzuverteilen, ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass die Menschen künftig mit der Natur in Harmonie leben können. Denn Armut und Ungerechtigkeit sind Ursachen für Umweltzerstörung. Wenn Menschen ihre materiellen und sozialen Grundbedürfnisse befriedigen können, gehen sie auch schonender mit der Umwelt um.

### **Ecuador hat das Konzept des Buen Vivir, des guten Lebens, in die Verfassung aufgenommen. Ist ein solches Modell auch für die Industrienationen denkbar?**

Acosta: Das Konzept des guten Lebens ist kein festes, abgeschlossenes System. Wir meinen, dass es ähnliche Vorstellungen unter unterschiedlichen Bezeichnungen in vielen Kulturen und Regionen weltweit gab und gibt – ob in Lateinamerika, Afrika oder Indien. Diese Ideen erheben nicht den Anspruch, eine globale Blaupause zu bieten, im Gegensatz zum westlichen Entwicklungskonzept des 20. Jahrhunderts. Das gute Leben beschreibt eher einen Weg, der sich erst beim Gehen offenbart. Wahrscheinlich ist es auch besser, von mehreren Wegen zu sprechen, die die Menschen in ihren Gemeinschaften, die Gemeinschaften untereinander, und die Völker für einen besseren Umgang mit der Natur erkunden müssen.

### **Was ist der Kern des guten Lebens?**

Acosta: Im Zentrum steht der Übergang von einer Sichtweise, die das Individuum in den Mittelpunkt stellt, zu einem Weltbild, das die Einbindung in eine Gemeinschaft und die Umwelt betont. Vor allem wollen wir nach und nach verstehen, warum die gegenwärtig dominierende Lebensweise so nicht weitergehen kann – und wodurch sie sich ersetzen lässt. Aus dieser Perspektive ist das Konzept des guten Lebens eine Plattform, um drängende Antworten auf umfassende Gefahren wie den Klimawandel und die soziale Ungleichheit zu formulieren. Und das ist in der Tat eine Aufgabe für die gesamte Menschheit.

## Kapitel 2

# Der Preis der Kleidung

## Ausbeutung auf Baumwollfeldern und in den Textilfabriken

Vom Baumwollfeld über die Verarbeitung der Faser bis zur Nähfabrik – die Kleidung, die wir hier in Deutschland kaufen, hat einen langen und für die Beteiligten oft leidvollen Produktionsweg hinter sich. Die Arbeitsbedingungen sind oft menschenunwürdig, die Kosten für die Umwelt hoch. Es profitieren vor allem die großen Modefirmen wie H&M, Adidas, C&A, Primark oder KiK.

Über 250 Beschäftigte starben, als im September 2012 die Fabrik Ali Enterprises in der pakistanischen Stadt Karachi abbrannte. Mehr als 1.100 Arbeiter und Arbeiterinnen verloren ihr Leben, weil im April 2013 das Fabrikgebäude Rana Plaza in Dhaka/Bangladesch zusammen-

brach. In beiden Fabriken wurde auch Bekleidung für hiesige Modeketten genäht. Diese Serie setzte sich fort, als im Mai 2015 eine Schuhfabrik in der philippinischen Hauptstadt Manila abbrannte, in der über 70 Arbeiter und Arbeiterinnen starben.

### Wertschöpfungskette Textilindustrie

Von der Baumwollfaser auf die Kleiderstange – Welchen Weg unsere Kleidungsstücke nehmen



Die meisten Textilien werden mittlerweile in China, Bangladesch, Pakistan, Kambodscha, El Salvador und weiteren Ländern des globalen Südens produziert. Denn dort finden die Textilkonzerne wie Walmart, H&M, Adidas oder KiK billige Zulieferfabriken. Die Herstellungskosten sind vor allem deshalb so niedrig, weil sie gegen grundlegende Menschenrechte verstoßen.

Die großen Fabrikunfälle sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Bedingungen in der textilen Wertschöpfungskette sind gekennzeichnet durch Missstände wie die extrem niedrige Bezahlung der Beschäftigten, die ihnen meist kein ausreichendes Einkommen verschafft, überlange Arbeitszeiten von nicht selten 70 oder 80 Stunden pro Woche, mangelnde Arbeitssicherheit, Gesundheitsgefährdung durch Chemikalien und das Verbot oder die Behinderung gewerkschaftlicher Organisation. Die Probleme treten jedoch nicht alleine in den Spinnereien,

Webereien und Nähfabriken auf. Auch beim Baumwollanbau, der schwerpunktmäßig in Staaten wie China, Indien, Pakistan und Usbekistan stattfindet, kommt es zu massiven Menschenrechtsverletzungen. Zwangsarbeit und Kinderarbeit sind dort keine Seltenheit.

Solche Zustände schlagen sich für Konsumierende in den reichen Staaten vorteilhaft in den Preisen der Produkte nieder. Wegen der niedrigen Produktionskosten in der globalen Lieferkette findet man in hiesigen Geschäften T-Shirts für sechs Euro, Hosen für 15 Euro und Kleider für 25 Euro. Durch Niedrigpreise und kurze Lieferfristen tragen vor allem die Handelsunternehmen der reichen Staaten einen großen Teil der Verantwortung für die schlechten sozialen und ökologischen Bedingungen in den Weltmarktfabriken.

Weil das Geschäftsmodell noch immer gut funktioniert, sind die globalen Textilkonzerne bis heute nur zu



### Konfektionierung

Lange Arbeitszeiten,  
Hungerlöhne, beeinträchtigte  
Gesundheit und Sicherheit

### Verkauf von Altkleidung

marginalen Verbesserungen der Arbeits- und Umweltbedingungen bereit. Sie versprechen zwar verantwortlich zu handeln - meist sind dies aber nur wohlklingende Werbebotschaften, die mit der Realität wenig zu tun haben.

### Die Wertschöpfungskette

Der Weg einer Jeans von der Ernte der Baumwolle über den Verkauf in einem deutschen Modegeschäft und in die Altkleidersammlung kann beispielsweise so aussehen: Die Baumwolle wächst in China oder Indien. Dort finden ebenfalls das Spinnen der Fäden, das Weben des Stoffes und seine Färbung statt. Genäht wird die Hose dann in China, Bangladesch oder Pakistan, vielleicht aber auch in der Türkei, Polen oder Rumänien. Den Transport und die Vermarktung übernehmen europäische Unternehmen. Den letzten Schritt leisten hiesige Secondhand-Händler, karitative Sammelorganisationen, Recyclingfirmen oder Sortierbetriebe, bei denen ausländische Importeure gut erhaltene Gebrauchtkleidung aufkaufen, um sie beispielsweise in Afrika weiterzuvermarkten.

### Baumwolle - Gift und Kinderarbeit

Baumwolle ist die wichtigste Naturfaser, die unsere Kleidung enthält. Allerdings macht sie nur ein knappes Drittel aller verwendeten Fasern aus. Den größten Anteil haben synthetische Chemiefasern wie beispielsweise Polyester oder Polyamid - Basisstoffe unter anderem für Outdoorbekleidung. Weil der Anbau nur in warmem Kli-

ma gut funktioniert, wird sämtliche in Deutschland verarbeitete Baumwolle importiert.

Der Pro-Kopf-Verbrauch von Baumwolle in Deutschland (etwa zehn Kilogramm pro Jahr) wurde nur in den USA (19 kg) und Japan (11 kg) übertroffen. Die Hauptanbaugebiete liegen in China (25 Prozent der Weltproduktion), Indien (24 Prozent), USA (14), Pakistan (8), Brasilien (7), Usbekistan (4) und der Türkei (2,5). Schätzungen zufolge leben weltweit rund 300 Millionen Menschen von der Baumwollwirtschaft. Dabei treten teils massive soziale, ökologische und gesundheitliche Probleme auf.

Sowohl auf landwirtschaftlichen Plantagen als auch in kleinbäuerlichen Betrieben arbeiten viele Kinder, die eigentlich zur Schule gehen sollten. Mehr als eine Million Kinder werden regelmäßig zur Arbeit auf den Baumwollfeldern gezwungen, schätzt die Internationale Arbeitsorganisation. In den Kleinbetrieben Indiens müssen die Minderjährigen oft mitarbeiten, weil die Familie sonst nicht über die Runden kommt. In der großindustriellen Landwirtschaft des zentralasiatischen Staates Usbekistan sorgt der Staat dafür, dass die Kinder während der Erntezeit schuften. Die Schulen sind zum Teil geschlossen, damit die Schülerinnen und Schüler Zeit für das Pflücken der Baumwolle haben, ohne adäquat bezahlt zu werden. In Turkmenistan werden Erwachsene unter Strafandrohung gezwungen, an der Ernte teilzunehmen. Menschenrechtsanwälte bezeichnen dies als „moderne Sklaverei“.

Ein weiteres gravierendes Problem besteht im verbreiteten Einsatz von Pestiziden. Bis zur Hälfte aller Unkrautvernichtungsmittel in Entwicklungsländern wer-

## Genmanipuliertes Saatgut in Indien

Auf über zwei Dritteln der globalen Anbaufläche für Baumwolle wird genverändertes Saatgut eingesetzt. Um das Hochleistungssaatgut von Unternehmen wie Monsanto zu erwerben, verschulden sich viele Kleinbauern und -bäuerinnen. Besonders in Indien ist dieses Problem relevant. Kommt es dann zu geringeren Ernten als erwartet, können die Landwirte die Kredite nicht zurückzahlen. Außerdem schlagen die Kosten für Düngemittel und Pestizide zu Buche. Die Landwirte stecken dann in der Klemme zwischen niedrigen Erträgen und hohen Ausgaben. Nicht selten verschärft der Anbau neuer Baumwollsorten die ökonomische Lage der Landwirte, anstatt sie

zu verbessern. Auch um diesem Teufelskreis zu entkommen, haben sich während der vergangenen zehn Jahre schätzungsweise 200.000 Bauern das Leben genommen.

Eine Alternative zu diesem verhängnisvollen Weg wollen in Indien selbstorganisierte Saatgutbanken bieten: Sie kultivieren unter anderem Baumwollpflanzen, die die Bauern nicht bei den Konzernen der Industriestaaten zu kaufen brauchen. Auch Navdanya, eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, widmet sich dem Ziel, die Selbstbestimmung der Landbevölkerung über das Saatgut, die Produktion und den Lebensunterhalt zu schützen.

den für den Baumwollanbau verwendet. Insgesamt erleiden jährlich 25 Millionen Menschen Vergiftungen durch Pestizide, 20.000 sterben in der Folge unter anderem an Krebs, schätzt die Weltgesundheitsorganisation.

### **Sklaverei für die Mitgift**

Beim Spinnen, Weben und Färben der Baumwolle kommt es in vielen Ländern ebenfalls zu massiven sozialen Problemen. Bekannt geworden ist dabei das in Indien praktizierte Sumangali-Prinzip. Sumangali bedeutet übersetzt „glückliche Braut“. Die Eltern junger Frauen schließen dabei mit Firmen langjährige Arbeitsverträge für ihre Töchter ab. Ein Teil des Geldes wird bei Abschluss bezahlt, die größere Summe jedoch erst nach einer Arbeitszeit von beispielsweise drei Jahren. Der Lohn soll die Mitgift der Frauen finanzieren.

Oft führen die Sumangali-Verträge in sklavenähnliche Ausbeutung. Die Frauen arbeiten für eine extrem niedrige Bezahlung, die dadurch weiter sinkt, dass die Betriebe die Arbeitszeit überdehnen. Mehr als 12 Stunden täglich an sieben Tagen pro Woche ohne Urlaub sind keine Seltenheit. Unter dem Strich läuft das auf Stundenlöhne von wenigen Cent hinaus. Pro Monat erhält eine Arbeiterin dann vielleicht 20 Euro, was sich bei dreijähriger Beschäftigungszeit auf 720 Euro summiert - eine menschenverachtend niedrige Entlohnung. Zusätzlich sind die Arbeiterinnen der erniedrigenden Behandlung durch ihre Vorarbeiter ausgesetzt.

Nicht in allen Ländern sind die Bedingungen so schlecht. Unter dem Druck der Beschäftigten, von Gewerkschaften, internationalen Kampagnen und Organisationen steigt teilweise die Bezahlung und die Arbeitszeit geht zurück. Aber selbst in entwickelten Staaten wie der Türkei und den Ländern Osteuropas liegen die Löhne oft unter dem Niveau dessen, was die Arbeiter und Arbeiterinnen für ihren Lebensunterhalt bräuchten.

Hinzu kommen auf den Produktionsstufen des Spinnens, Webens und Färbens viele ökologische und gesundheitliche Probleme. So ist der Wasserbedarf hoch. Entsprechend große Mengen ungeklärter, mit Chemikalien belasteter Abwässer werden in die Natur entlassen. Etwa 20 Prozent der in der Produktion eingesetzten Farben geraten in Flüsse, Seen und Grundwasser.

Die Beschäftigten kommen in Berührung mit Farben und anderen Stoffen, die ihre Gesundheit schädigen. Meistens tragen sie keine Schutzkleidung, die Belüftung der Fabrikgebäude ist mangelhaft. Können sie wegen Krankheiten nicht mehr arbeiten, werden sie ohne Ent-



Straßenverkauf von Pestiziden für die Baumwollfelder in Burkina Faso: Oft können die Bauern die Gebrauchsanweisung nicht lesen. Falsche Dosierung und fehlende Schutzkleidung führen zu gravierenden Pestizidvergiftungen.

schädigung oder den Schutz einer Sozialversicherung in eine noch größere Armut geschickt.

### **Die Missstände in den Nähereien**

Zu den wichtigsten Herkunftsländern für fertige Textilien, die in Deutschland verkauft werden, gehören China, Bangladesch, Türkei, Niederlande, Indien, Italien, Vietnam, Kambodscha und Pakistan. China stand bei den Importen 2014 mit weitem Abstand an der Spitze. Der Wert der Einfuhren nach Deutschland lag über acht Milliarden Euro. Bangladesch als zweitplatziertes Land schickte Bekleidung im Wert von 3,5 Milliarden. Indien lag bei gut einer Milliarde, Vietnam bei 800 Millionen, Kambodscha bei 700 und Pakistan bei 600 Millionen Euro. In diesen Staaten findet in der Regel die Produktionsstufe der Konfektionierung statt, die das Zuschneiden und Zusammennähen zu einem T-Shirt, einem Sakko oder einer Jeans sowie das Verpacken beinhaltet.

Ein Schlaglicht auf die Missstände in den Nähereien warfen die katastrophalen Unfälle bei Ali Enterprises in Pakistan 2012 und bei Rana Plaza in Bangladesch 2013.

Als der Fabrikkomplex Rana Plaza einstürzte, starben mehr als 1.100 Menschen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen hatten unter anderen für deutsche Modeketten wie KiK genäht. Menschenrechtsorganisationen erklären, das Gebäude sei illegal um mehrere Stockwerke erhöht worden, woraufhin die zu schwache Konstruktion schließlich zusammengebrochen sei. Europäische Unternehmen trugen auch in diesem Fall einen Teil der Verantwortung für die Todesfälle, weil sie sich nicht ausreichend um die Verbesserung der Arbeitssicherheit in ihren Zulieferfabriken gekümmert haben.

Die Anwälte der Angehörigen der Opfer haben im Fall Ali Enterprises Schadensersatzklagen beim Landgericht Dortmund eingereicht. In der Klageschrift, die sich gegen den Textilhändler KiK als Auftraggeber der Produktion richtet, werden die Zustände in der pakistanischen Fabrik geschildert. Zum Beispiel hätten Feuer-

melder und Notausgänge gefehlt. Die Fenster seien vergittert gewesen, so dass sich die Arbeiter und Arbeiterinnen vor dem Feuer nicht in Sicherheit bringen konnten. Durch mangelnde Kontrolle habe KiK seine Sorgfaltspflicht verletzt und sei für die Todesfälle mitverantwortlich, so die Anwälte.

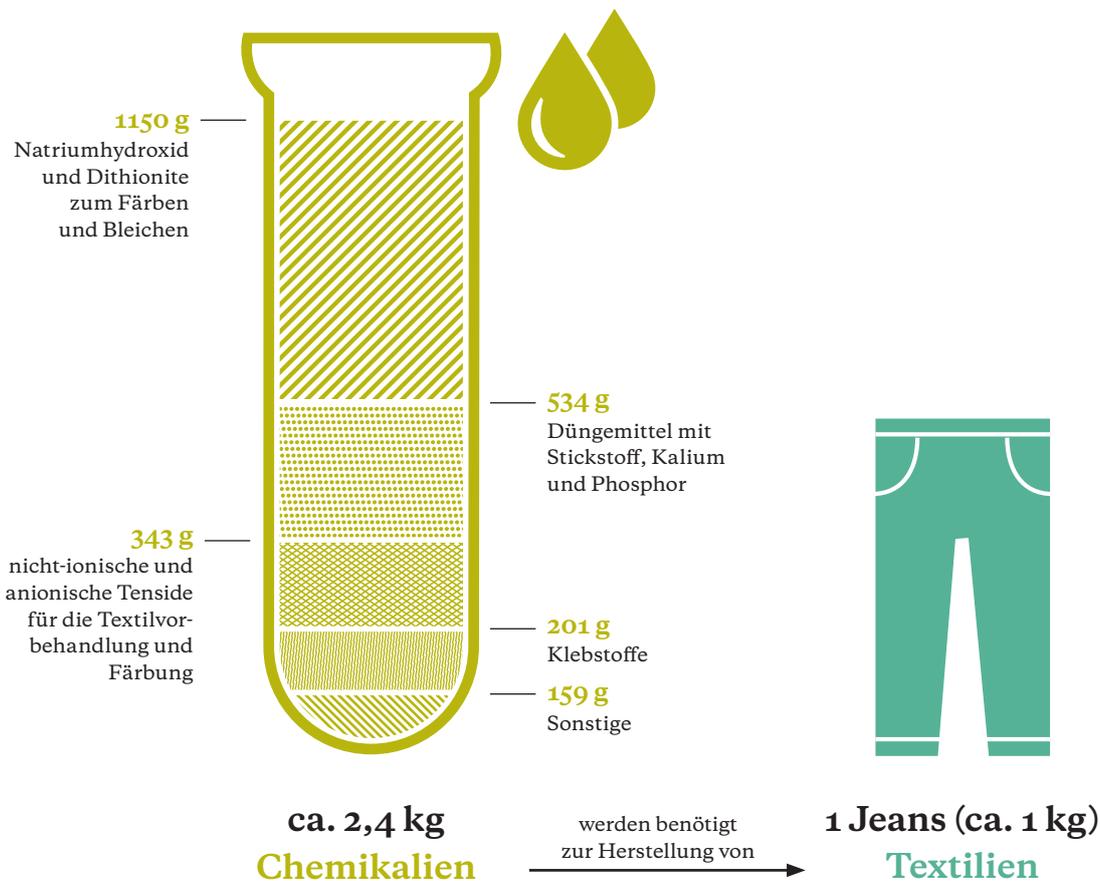
Doch auch in Fabriken, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht um Leib und Leben fürchten müssen, sind die Bedingungen meist schlecht. Das betrifft vor allem die Bezahlung. Diese reicht in vielen Fällen nicht aus, um den Beschäftigten ein würdiges Leben zu ermöglichen. Nach Angaben der Asia Floor Wage Campaign, einem Zusammenschluss von Gewerkschaften und Arbeitsrechtler und Arbeitsrechtlerinnen, müssten Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie Chinas umgerechnet beispielsweise knapp 400 Euro monatlich erhalten, um eine Familie zu ernähren, die Grundbedürfnisse zu befriedigen, die Kinder zur Schule schicken zu können, Lebensrisiken abzusichern und Altersvorsorge zu betreiben. An diesen notwendigen, sogenannten Existenzlohn reicht



Zahlreiche Banner am Unfallort erinnern an den Fabrikeinsturz in Bangladesch, der 1.127 Menschen das Leben kostete und weitere 2.438 Menschen zum Teil schwer verletzte.

## Wie viel Chemie fließt bei der Produktion einer Hose?

Ob beim Düngen der Baumwolle oder beim Veredeln, Färben oder Bleichen der Stoffe: Die verwendeten Chemikalien vergiften die Arbeiter und Arbeiterinnen und verschmutzen durch das Abwasser auch die Umwelt.



Quelle: Kemikalieinspektionen (2010):  
Kartlagning\_kemikalieanvandning\_i\_klader\_2010-03-17.pdf, 10.07.2015

die tatsächliche Bezahlung jedoch nicht heran. In China beträgt der staatlich festgelegte Mindestlohn beispielsweise nur 175 Euro, was knapp der Hälfte des Nötigen entspricht.

Die Lage in China ist aus Sicht der Beschäftigten aber immer noch besser als in anderen asiatischen Ländern. Nach Angaben der Asia Floor Wage Campaign

erhalten die Beschäftigten in Indonesien durchschnittlich 31 Prozent des nötigen Existenzlohns, in Indien 26 Prozent, in Kambodscha 25 Prozent, in Sri Lanka und Bangladesch jeweils 19 Prozent. Dort lag der staatlich festgelegte Mindestlohn für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen 2014 bei knapp 50 Euro. Der notwendige Verdienst zur Absicherung der Grundbedürfnisse müsste

dagegen gut 250 Euro betragen. Mitunter weichen die Zulieferbetriebe vom Mindestlohn ab und zahlen mehr. Dies ist eine Reaktion auf Proteste der Beschäftigten und zunehmenden Arbeitskräftemangel.

Nicht nur in fernen Weltregionen sind die Arbeitsbedingungen miserabel. Etwa die Hälfte der Kleidungsimporte der EU-Staaten stammt aus anderen europäischen Ländern. In Ost- und Südosteuropa herrschen, wie zum Beispiel in der Türkei, oft beklagenswerte Zustände. Recherchen der Clean Clothes Campaign zufolge lagen die gesetzlichen Mindestlöhne in diesen Regionen 2014 weit unter den existenzsichernden Lohnniveaus. In Mazedonien und Bulgarien betrug der Mindestlohn jeweils 14 Prozent des Nötigen, in Rumänien 19 Prozent, in der Slowakei 21 Prozent und in der Türkei 28 Prozent. Dies ist umso bedenklicher, als gerade in diesen Ländern häufig hochwertigere Textilien für teure Marken gefertigt werden.

Die Textilarbeiter und -arbeiterinnen und ihre Angehörigen leben also in Armut. Eine Chance, ihren Lebensstandard zu erhöhen, haben sie kaum. Hinzu kommt, dass die Zulieferfabriken sich häufig nicht an die interna-

tional vorgeschriebene Maximalarbeitszeit von 48 regulären Stunden pro Woche plus höchstens zwölf Überstunden halten. 70, 80 oder noch mehr Arbeitsstunden in der Woche sind in der Textilindustrie durchaus üblich. Dies trifft in besonderer Weise Frauen, die Zuhause auch Kinder oder alte Familienangehörige versorgen. Die lange Arbeitszeit macht es schwer, den Anforderungen von Erziehung und Pflege gerecht zu werden. Auch die Vorschrift eines freien Tages pro Woche wird oft nicht eingehalten. Und von bezahltem Urlaub können die Beschäftigten in den Zulieferfabriken deutscher Modehändler meist nur träumen.

Dabei macht es oft keinen Unterschied, ob die jeweilige Nähfabrik für Billigmarken produziert oder für teure Labels – die Arbeitsbedingungen sind oft gleich schlecht. So beschreibt Gisela Burckhardt, eine Aktivistin der Kampagne für Saubere Kleidung, dass auch viele hochpreisige Labels Kleidung in Bangladesch herstellen lassen. Auch in diesen Fabriken läge die Bezahlung weit unter dem Existenzlohn. Die Arbeiter und Arbeiterinnen hätten keine Chance auf organisierte Mitsprache. Betriebsräte existierten nicht. Das international anerkannte Recht der Koalitionsfreiheit wird damit ausgehebelt.

## Hungernde Textilarbeiter in Kambodscha

Besonders problematisch sind die Zustände in Kambodscha. Dort setzt sich unter anderem das Community Legal Education Center (CLEC), eine Partnerorganisation von Brot für die Welt, für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ein. Die Löhne in der Textilindustrie, die fast alle Exporteinnahmen des Landes erwirtschaftet, sind dort so niedrig, dass viele Arbeiter und Arbeiterinnen an Hunger leiden. Als Beschäftigte mit großen Demonstrationen zum Jahreswechsel 2013/2014 forderten, den Mindestlohn von 70 auf etwa 120 Euro anzuheben, griffen Polizei und Militär zur Gewalt. Vier Menschen wurden getötet und fast 40 verletzt. Die Kampagne für Saubere Kleidung rief in der Folge europäische Unternehmen dazu auf, sich für höhere Löhne in ihren kambodschanischen Zulieferfabriken einzusetzen. Zwar hob die Regierung des Landes den Mindestlohn Anfang 2015 auf rund 100 Euro an – doch das ist immer noch nur etwa ein Drittel dessen, was Asia Floor Wage für nötig hält.

### Die Verantwortung der Modeketten

Für solche Zustände tragen viele Unternehmen, die Textilien in Deutschland verkaufen, eine Mitverantwortung. Zu ihrem gängigen Geschäftsmodell gehört es, die Kleidungsstücke so günstig wie möglich einzukaufen. So beträgt der Lohnanteil im Verhältnis zum Endverkaufspreis beispielsweise eines T-Shirts nur etwa ein Prozent. Kostet das Kleidungsstück im Laden in Deutschland zehn Euro, erhalten die Näher und Näherinnen zehn Cent. Die hiesigen Markenunternehmen üben Preisdruck aus, der in der Wertschöpfungskette nach unten weitergegeben wird. Im Ergebnis können die Konzerne dadurch eine oft zweistellige Gewinnmarge erzielen und die Kleidungsstücke trotzdem zu erstaunlich niedrigen Preisen in ihren Geschäften anbieten.

Eine alternative, sozialere Geschäftspolitik sähe so aus: Die hiesigen Unternehmen könnten sich dafür einsetzen, die Löhne der Beschäftigten in den Zulieferfabriken zu verdoppeln oder zu verdreifachen. Dies würde die Endverbraucherpreise nur minimal steigen lassen – meistens geht es um Cent-Beträge oder wenige Euro. Die andere Variante: Die Unternehmen heben die Löhne in der Wertschöpfungskette an und bezahlen die Kosten aus ihrer Gewinnmarge, die dadurch sänke. Die Unterneh-



Der Textilbetrieb Beximco in Dhaka, Bangladesch, produziert Jeanshosen für westliche Textildiscounter.

mensleitungen lehnen diese Option oft auch auf Druck der Kapitalbesitzer ab.

Trotzdem ist in den vergangenen Jahren hier und da eine leichte Verbesserung der Bedingungen in der globalen Textilproduktion zu beobachten. Neben den Aktivitäten und Protesten von Beschäftigten sowie Gewerkschaften in den Herkunftsländern spielen dafür vor allem zwei Faktoren eine Rolle. Erstens müssen die Handelshäuser der reichen Staaten zeigen, dass sie gegen medial breit kommunizierte Missstände und Unfälle etwas unternehmen. Um ihr positives Werbeimage aufrechtzuerhalten, sind sie gezwungen, die Standards in den Zulieferfabriken anzuheben. Gleichzeitig verlangen auch manche Konsumentinnen und Konsumenten nach Produkten, die einen gewissen ökologischen und sozialen Mehrwert besitzen.

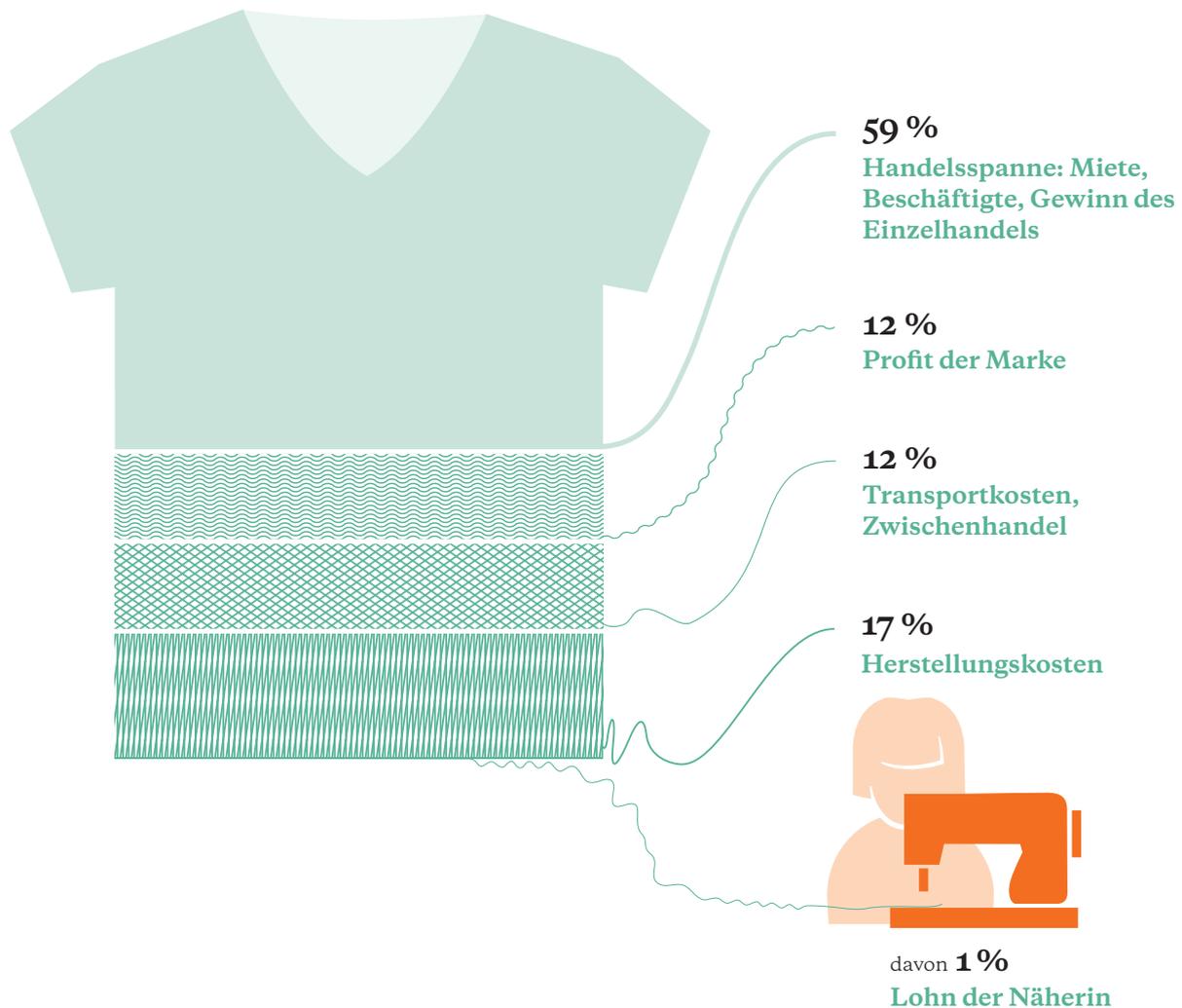
Deshalb haben Firmen der Modeindustrie eigene Umwelt- und Sozialstandards entwickelt, beteiligen sich an branchenübergreifenden Beratungsagenturen für ethische Fragen oder treten - wie nach dem Unfall

von Rana Plaza - Abkommen bei, die beispielsweise die Sicherheit der Gebäude oder den Brandschutz verbessern sollen. Solche Standards nehmen in der Regel Bezug auf die Konventionen der internationalen Arbeitsorganisation. Sie sollen beispielsweise sicherstellen, dass es in den Zulieferfabriken keine Kinder- oder Zwangsarbeit gibt, die Maximalarbeitszeit von 60 Stunden pro Woche nicht überschritten und Mindestlöhne entsprechend der örtlichen Gesetze gezahlt werden. In Einzelfällen gehen Unternehmen mittlerweile auch dazu über, existenzsichernde Löhne zu versprechen.

Viele dieser neuen Standards leiden jedoch darunter, dass sie freiwillig und nicht verbindlich sind. Die Firmen veröffentlichen oft ihre Kontrollberichte nicht und verhindern, dass Überprüfungen durch Gewerkschaften und andere zivilgesellschaftliche Organisationen stattfinden. Die Unternehmen versprechen also viel, halten jedoch weniger.

### Wer verdient was?

So setzt sich der Preis eines T-Shirts zusammen



Quelle: Fair Wear Foundation

Ein gutes Beispiel für wohlklingende, aber irreführende Werbebotschaften ist die Kampagne „Conscious“ des H&M-Konzerns. „Es ist unser Versprechen, Ihnen mehr Mode-Alternativen zu bieten, die gut für die Menschen, unsere Erde und Ihren Geldbeutel sind“, heißt es auf der Internetseite von H&M. In krassem Gegensatz zu dieser Aussage stehen die Arbeitsbedingungen, die 2013 beispielsweise in einigen kambodschanischen Zu-

lieferbetrieben herrschten, die auch für das schwedische Unternehmen fertigten. Die Arbeiterinnen dort waren teilweise so schwach, dass sie während der Arbeit zusammenbrachen. Eine Ursache war offenbar mangelnde Ernährung infolge schlechter Bezahlung.

Allerdings existieren einige wenige Organisationen, deren Firmenmitglieder höhere soziale und ökologische Standards ernstnehmen. Die Verbraucher können Pro-

dukte aus solchen Produktionsketten teilweise an Siegeln wie Fairtrade, Fairwear oder GOTS erkennen. Bisher handelt es dabei jedoch um Nischenprodukte. So schreibt das Umweltbundesamt in seiner Studie „Grüne Produkte in Deutschland“, dass der hiesige Marktanteil von Kleidung mit dem Global Organic Textile Standard (GOTS) bei 0,02 Prozent liegt, nahe der Nachweisgrenze.

### Minister Müllers Textilbündnis

Den Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza nahm Entwicklungsminister Gerd Müller zum Anlass zu versuchen, höhere Standards in der Produktionskette durchzusetzen. Einige zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Firmen unterstützen dieses Anliegen. Nach anfänglichem Zögern empfehlen mittlerweile auch die Verbände der deutschen Textilindustrie ihren Mitgliedsunternehmen, an Müllers Bündnis teilzunehmen. Viele große Unternehmen wie Adidas, Aldi, C&A, H&M, Hugo Boss, KiK, Lidl und Otto sind inzwischen beigetreten. Die Verbände haben damit beispielsweise anerkannt, dass alle Beschäftigten in den Zulieferfirmen das Recht auf einen existenzsichernden Lohn haben.

Allerdings wurden auf Betreiben der Wirtschaftsverbände und Unternehmen unter anderem die zeitlichen Ziele für die Einführung der höheren Sozial- und Ökostandards gestrichen. Es bleibt also abzuwarten, ob das Textilbündnis zu realen Verbesserungen der Produktionsbedingungen führen wird.

Wirksamer wäre es, wenn die Politik einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen setzte. Beispielsweise sollten Bundesregierung und Bundestag die Sorgfaltspflichten der Unternehmen strenger fassen. Dadurch würden die Textileinzelhändler verpflichtet, die Menschenrechte auch in den Zulieferfabriken zu gewährleisten und über ihre Bemühungen öffentlich zu berichten. Bei schweren Verstößen könnten ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen vor deutschen Gerichten auf Schadensersatz klagen. Eine Klage wie gegen KiK im Zusammenhang mit dem Brand in der Fabrik Ali Enterprises wäre dann aussichtsreicher. Der Druck auf die Firmen, die Standards auch umzusetzen, stiege erheblich.

### Am Ende der Kette

Die textile Wertschöpfungskette endet aber nicht in reichen Staaten wie Deutschland. Das „Lumpensammeln“ für karitative und kirchliche Einrichtungen hat hierzulande eine lange Tradition. Auf 750.000 Tonnen pro Jahr wird der Berg gebrauchter Kleidungsstücke geschätzt, die



Im Oktober 2014 gründete Entwicklungsminister Müller das Bündnis für nachhaltige Textilien. Doch das Bündnis lässt den Firmen viel Raum: Die Ziele sind flexibel, die Umsetzung bleibt freiwillig.

Verbraucher meist an Hilfs- und Sozialeinrichtungen abgeben. Diese Ware ist sehr begehrt, da sie den Einrichtungen im guten Glauben auf die Unterstützung Hilfsbedürftiger umsonst zur Verfügung gestellt wird. Das hat in den vergangenen Jahren jedoch dazu geführt, dass dubiose gewerbliche Kleidersammler vorgeben, zum Beispiel für „arme Kinder in Afrika“ Textilien zu sammeln, in Wirklichkeit aber nur in die eigene Tasche wirtschafteten.

Die Mitglieder im Dachverband FairWertung, diakonische und kirchliche Einrichtungen wie die Brockensammlung Bethel, die Oxfamshops oder Sozialeinrichtungen und Arbeitsloseninitiativen haben daher Transparenzstandards für Kleidersammlungen entwickelt. Denn aus der Kleidungsspende wird oft eine Geldspende für die sammelnde Hilfseinrichtung, da die Kleidung an gewerbliche Sortierbetriebe verkauft wird. Über die Verwendung dieser Einnahmen legen die Sammler den Spenderinnen und Spendern Rechenschaft ab. Die aufwendige Sortierung der Kleidung schafft Arbeitsplätze, auch in Sozialeinrichtungen. Denn nur ein Teil der Kleidung taugt noch, um an die Kundschaft in Afrika oder Asien weiterverkauft zu werden. Beschädigte oder verschmutzte Kleidung kann noch zu Putzlappen recycelt werden. Ein immer größerer Teil muss von den Sortierbetrieben aber auf deren Kosten als Müll entsorgt und bezahlt werden. Grund dafür ist, dass immer mehr Bekleidung mit hohem Kunstfaseranteil aus Billigläden



In Deutschland aussortierte Kleidung wird häufig im Ausland weiterverkauft, wie hier in Goma, im Osten der Demokratischen Republik Kongo.

in den Sammlungen landet und so abgetragen ist, dass sie in Entwicklungsländern keine Käufer finden würde. Die Kosten der Sortierung, der Transport und meist hohe Einfuhrzölle sind der Grund, warum die Gebraucht Kleidung nicht umsonst an die Importeure in Afrika oder Asien abgegeben werden kann. Diese Großhändler kaufen nach dem Bedarf ihrer Kundinnen und Kunden die Kleidung auf und verkaufen vor Ort an Zwischenhändler weiter.

In einigen Entwicklungsländern haben diese Bekleidungsimporte neue Marktsegmente, Verdienst- und Konsummöglichkeiten entstehen lassen. Sie verschaffen Kleinhändler und -händlerinnen Umsatz, da die Kleidung auch weit im Landesinneren angeboten wird. Die Secondhandkleidung ermöglicht auch Verbraucherinnen und Verbraucher mit geringem Einkommen, unter einer großen Auswahl gute Kleidung aus Baumwolle zu erwerben. Das Argument, dadurch würde die einheimische Textilindustrie zerstört, trifft meist nicht zu. Die meisten Staaten ließen in den 1980er Jahren erst die Einfuhr von Gebraucht Kleidung zu, nachdem die meist staatlichen Textilfabriken auf Betreiben der Weltbank schließen mussten und Neukleidungsimporte zu teuer für viele Menschen in Afrika waren.

Neue private Textilfabriken haben sich inzwischen auf die Herstellung von Stoffen mit afrikanischen Mustern spezialisiert. Das Schneidergewerbe näht daraus individuelle Kleidungsstücke oder Gruppenkleidung für festliche Anlässe. Für den Alltagsbedarf sind die Produktionskosten der Stoffe jedoch zu hoch. Diese Lücke füllen momentan die Altkleider - und inzwischen auch billige Importware aus Asien. Der Bekleidungsbedarf der wachsenden Mittelschichten in Afrika gibt aber Anlass zur Hoffnung, dass sich vielleicht doch noch einmal eine afrikanische Bekleidungsindustrie für Alltagskleidung etabliert.

## Was die Unternehmen tun müssen

— Die Unternehmen müssen sich für Produktionsstandards einsetzen, die internationalem Recht entsprechen. Zu den grundsätzlichen, nicht zu unterschreitenden Bedingungen gehört: Alle Beschäftigten müssen existenzsichernde Löhne erhalten, mit deren Hilfe sich nicht nur die Grundbedürfnisse der Familien, sondern auch die Ausbildung der Kinder, soziale Sicherung, Altersvorsorge und gewisse Rücklagen finanzieren lassen. Außerdem ist eine maximale Arbeitszeit von 60 Stunden pro Woche



Diese Frau in Indien erntet genveränderte Baumwolle des Konzerns Monsanto. Viele Bauern haben sich für dessen Saatgut, Pestizide und Dünger verschuldet, die Selbstmordrate unter den Bauern in der Region Vidarbha ist besonders hoch.

einzuhalten. Die Arbeitnehmer und -nehmerinnen haben zudem ein unveräußerliches Recht auf freie gewerkschaftliche Betätigung, damit sie mit den Firmen über ihre Arbeitsbedingungen verhandeln können. Die Unternehmen müssen die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten gewährleisten.

— Die Unternehmen sollten die Arbeitsbedingungen entlang der Wertschöpfungskette unter Einbeziehung lokaler Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen ermitteln. Funktionierende Interessensvertretungen und unabhängige Beschwerdestellen sind ein wichtiger Baustein, um Informationen durch Akteure vor Ort zu erhalten.

- Die Unternehmen sollten die Erkenntnisse aus den unabhängigen Überprüfungen zum Anlass nehmen, effektive Maßnahmen gegen die festgestellten Missstände zu ergreifen: Durch Schulungen und finanzielle Anreize sollten die Fabrikbesitzer angehalten werden, Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Wahl von freien Interessensvertretungen zuzulassen. Kontrolle, Kooperation und Unterstützung bei der Durchsetzung der Standards sind leichter, wenn Unternehmen die Zahl ihrer Lieferanten reduzieren und zu diesen stabile, langfristige Beziehungen aufbauen.
- Die Unternehmen müssen auf den heute üblichen Preisdruck auf ihre Lieferanten verzichten, denn dieser ist eine wesentliche Ursache der schlechten Bedingungen in der Wertschöpfungskette.
- Die Unternehmen sollten die Ergebnisse der externen Überprüfungen veröffentlichen und transparent kommunizieren, welche Abhilfemaßnahmen sie einleiten. Nur so ist das Engagement eines Unternehmens für Nichtregierungsorganisationen, Betroffene und Verbraucher erkennbar und überprüfbar.
- Bei Unfällen müssen die Unternehmen den Betroffenen schnell ausreichende Entschädigungen zahlen.
- Die Unternehmen sollten sich sogenannten Multi-stakeholder-Initiativen anschließen, bei denen gemeinsam mit Arbeitnehmervertretungen und Nichtregierungsorganisationen die Umsetzung von Sozialstandards vorangetrieben wird. Ein gutes Beispiel ist die Fair Wear Foundation (FWF). Um die Arbeitsbedingungen in den Nähereien zu verbessern, führt sie Schulungen in den Fabriken durch und bildet Audit-Teams der Mitgliedsunternehmen aus, die das Monitoring der Hersteller überwachen. Durch die FWF bekommen die Arbeiterinnen und Arbeiter zudem Zugang zu unabhängigen Beschwerdestellen. Bei externen und unabhängigen Kontrollen überprüft die Fair Wear Foundation alle drei Jahre die Umsetzung der Arbeitsbedingungen. Dabei wird auch kontrolliert, ob das Managementsystem des Mitgliedsunternehmens funktioniert und den FWF-Verhaltenskodex einhalten hilft. Berichte über die Einhaltung der Arbeitsstandards werden veröffentlicht und Konsumentinnen und Konsumenten können sich über den Status des Mitgliedsunternehmens auf der Webseite informieren.

## Was die Politik tun sollte

- Bundestag und Bundesregierung sollten Unternehmen verpflichten, die Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Wertschöpfungskette zu identifizieren, negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, eingetretene Schäden zu beheben, und über diesen Prozess transparent zu berichten.
- Die Berichtspflicht sollte beinhalten, dass Unternehmen die Fabriküberprüfungen und andere menschenrechtliche Folgeabschätzungen veröffentlichen und auch über die geplanten Gegenmaßnahmen transparent berichten müssen. Diese Informationen müssen Beschäftigten, ihren Interessensvertretungen und den Verbrauchern zugänglich gemacht werden.
- Bei Verstößen gegen diese Sorgfalts- und Berichtspflichten sind Bußgelder zu erheben. Entstehen den Arbeitern und Arbeiterinnen durch die Verletzung der Sorgfaltspflichten Schäden, müssen die Modeunternehmen dafür auch gegenüber den Betroffenen haften.
- Der Bundesgesetzgeber sollte außerdem ein wirksames Gesetz für die öffentliche Beschaffung verabschieden. Bund, Länder, Gemeinden und öffentliche Unternehmen müssten dann hohe soziale und ökologische Standards für die Produkte zugrunde legen, die sie mit Steuergeld einkaufen.
- Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass soziale und ökologische Regeln in internationale Vereinbarungen, zum Beispiel Freihandelsabkommen, aufgenommen werden.

## Was die Verbraucher tun können

- Die Verbraucher können darauf achten, Kleidung zu kaufen, die durch Siegel als menschenwürdig, sozial und ökologisch produziert ausgezeichnet ist. Diese Produkte gibt es nicht nur in Spezialgeschäften, sondern mittlerweile auch im konventionellen Einzel- und Onlinehandel.
- Vermeiden Sie möglichst, Kleidungsstücke für wenige Euro zu kaufen. Bei diesen ist die Gefahr besonders hoch, dass sie aus ausbeuterischer Produktion stammen.



Kinder stopfen in Kasrawad, Indien, die Baumwolle in die Entkernungsmaschinen, die Baumwollfasern und Samen voneinander trennen. Kinderarbeit ist in der Textilindustrie noch immer weit verbreitet.

- Reduzieren Sie Ihren Verbrauch von Textilien, denn das spart Rohstoffe und verringert die Umweltbelastung beispielsweise im Baumwollanbau.
- Achten Sie darauf, gut erhaltene getragene Kleidung bei gemeinnützigen Secondhand-Sammelorganisationen abzugeben, die im Dachverband FairWertung organisiert sind.

---

### Zum Weiterlesen

- [www.saubere-kleidung.de/index.php/kampagnen-a-themen/ethische-mode/442-orientierung-im-labelschungel-ein-faltblatt-fuer-pfadfinderinnen](http://www.saubere-kleidung.de/index.php/kampagnen-a-themen/ethische-mode/442-orientierung-im-labelschungel-ein-faltblatt-fuer-pfadfinderinnen)
- [www.saubere-kleidung.de/index.php/printmedien/210-wearfair-labelguide](http://www.saubere-kleidung.de/index.php/printmedien/210-wearfair-labelguide)

# Essen, kleiden, fahren

## Unsere Konsumgüter auf Weltreise

### Wertschöpfungsketten

 Textilien

 Autos

 Fleisch

### Autos

 Erzabbau

 Verarbeitung

 Produktion,  
Endmontage  
und Gebrauch

### Textilien

 Anbaubereich von  
Baumwolle

 Verarbeitung

 Nähen

 Gebrauch

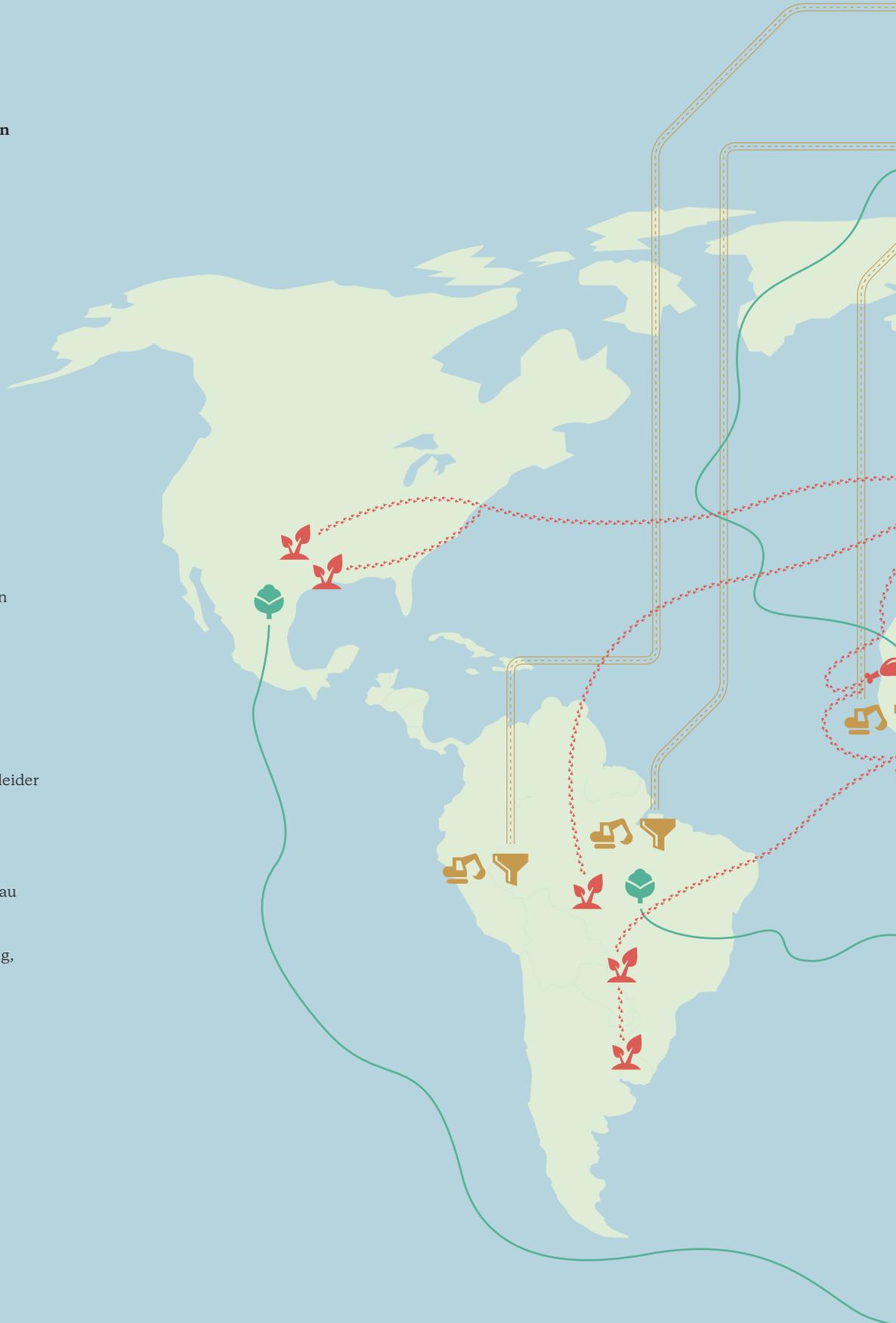
 Export der Altkleider

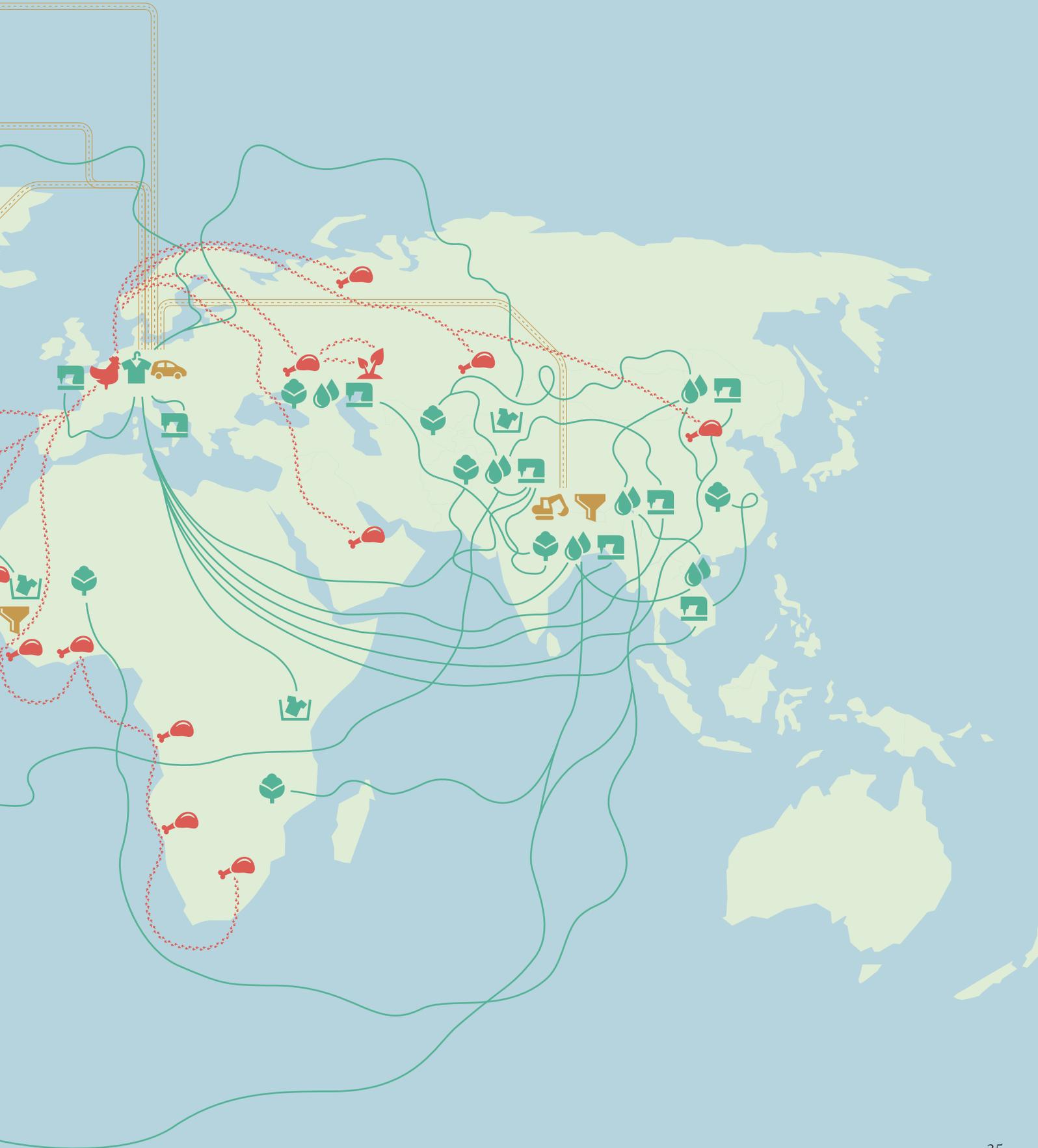
### Fleisch

 Futtermittelanbau

 Hähnchenmast  
und -schlachtung,  
Vertrieb

 Export von  
Fleischresten





## Kapitel 3

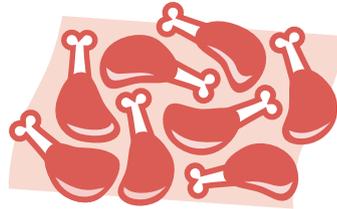
# Im Schatten der Fleischfabriken

## Die globalisierte Hühnerproduktion

### Vom Acker bis in die Bratpfanne

Die globale Wertschöpfungskette unserer fleischlichen Nahrung





### **Geflügelreste nach Afrika**

- Importe zerstören Markt für kleine Mastbetriebe
- Menschen werden krank, da nach Import aus Europa die Kühlkette in Afrika unterbrochen wird



### **Verbrauch in Deutschland**

- Konsum vor allem von Hähnchenfilet
- Kaufkriterium Billigfleisch
- kaum Markt für Biofleisch

Zunehmender Fleischkonsum ist ein Zeichen für Wohlstand. Auch so lässt sich erklären, dass die weltweite Produktion von Fleisch nach dem Zweiten Weltkrieg stark anstieg. Nicht nur Europa erholte sich wirtschaftlich, andere Weltregionen erlebten ebenfalls Fortschritte. Die weltweite Geflügelproduktion wuchs seit den 1960er Jahren bis heute auf etwa die zehnfache Menge. Bei der Herstellung von Schweinefleisch wurde ungefähr das vierfache Niveau erreicht. Die Rinderproduktion verdoppelte sich.

In Deutschland zog auch die Fleischproduktion ab den 1950er Jahren noch einmal erheblich an. Bis heute wurde sie etwa verdoppelt. Im statistischen Durchschnitt verzehren die Bundesbürger und -bürgerinnen mittlerweile etwa 60 Kilogramm Fleisch pro Kopf und Jahr.

Vor dem Fleischboom wurden Hühner, Schweine und Rinder oft auf kleinen und mittleren Bauernhöfen gehalten und dort geschlachtet. Seit der Industrialisierung verfügten die großen Städte über eigene Schlachthöfe. Mittlerweile haben auch der Anbau von Futtermitteln und die Aufzucht der Tiere industrielle Dimensionen angenommen. Nicht selten stehen in einer Halle 100.000 bis 200.000 Hühner. Ein moderner Schlachthof kann zehntausende Tiere pro Stunde verarbeiten – eine halbe Million am Tag, 130 Millionen im Jahr.

Keine Fleischproduktion ist so globalisiert wie die von Hühnerfleisch. Denn in keiner der großen Weltkulturen ist der Verzehr von Huhn tabuisiert. Außerdem wandelt das Huhn Futter effizienter in Fleisch um als andere Tiere. Um ein Kilo Hühnerfleisch zu erhalten, braucht man etwa zwei Kilogramm Futter. Beim Schwein beträgt das Verhältnis eins zu vier, beim Rind in der intensiven Mast eins zu neun.

### **Von der regionalen Produktion zur internationalen Wertschöpfungskette**

Bis in die 1950er Jahre waren Hühner kein globales Handelsgut. Die Produktion und Verwertung fand in regionalen, allenfalls nationalen Kreisläufen statt. Oftmals war die Produktionskette kurz. Freilaufende Hühner ernährten sich von herumliegendem Futter, wurden von den Bauern auf dem Hof geschlachtet und in der Nachbarschaft verkauft. Heute dagegen kann sich die globale Produktionskette für Hühnerfleisch über zehntausende von Kilometern erstrecken. Sie reicht beispielsweise von Südamerika über Europa nach Afrika.

Ein Grund dafür: In der industrialisierten Mast wird proteinreiches Kraftfutter eingesetzt, das extra dafür ge-

züchtete Tiere schneller wachsen lässt. Ein großer Teil dieses Futters besteht aus Sojabohnen. Sie stammen zum Teil aus Südamerika, wo der Anbau auf gigantischen Flächen zur Abholzung des Regenwaldes, zum Umbruch von artenreichem Land sowie zur Verdrängung und Verarmung angestammter bäuerlicher Bevölkerung führt. Menschen in der Nähe der intensiv bewirtschafteten Sojafelder leiden häufig unter Krankheiten, die auf den massiven Einsatz von Pestiziden zurückzuführen sind.

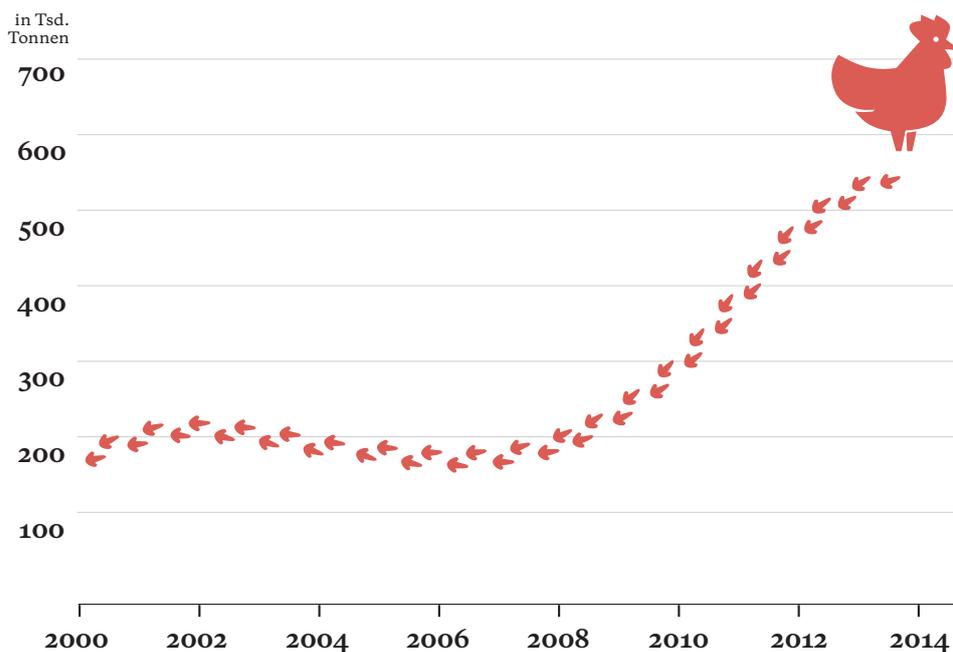
Die industrialisierte Hühnerproduktion ist weltweit meist nur unter Einsatz von Antibiotika und anderen Medikamenten möglich, weil die auf Höchstleistung gezüchteten Tiere sonst erkranken. Die Ställe erfüllen häufig nicht die hygienischen und sozialen Minimalbedürfnisse der Tiere. In Ländern wie den USA werden Antibiotika zusätzlich als Wachstumsförderer eingesetzt. Wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erklärt, stellen Medikamente in der Tierhaltung eine zunehmende Gefahr für die menschliche Gesundheit dar: Die massive Verwendung fördert Resistenzen.

Während Deutschland früher Hühnerfleisch importierte, weil die einheimische Produktion für die Selbstversorgung nicht ausreichte, wird inzwischen auf deutschen Höfen mehr hergestellt als von Verbraucherinnen und Verbrauchern verzehrt. Dennoch importiert Deutschland zusätzlich noch Hühnerfleisch, beispielsweise aus Brasilien und Thailand. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich dadurch, dass wir immer häufiger nur einen Teil des Huhnes verzehren – das Filet. Die einseitige Konsumpräferenz der mitteleuropäischen Verbraucher führt weiterhin dazu, dass die Geflügelkonzerne die übrigen Teile der Hühner – unter anderem Flügel, Beine, Häuse – exportieren. Waren bis vor kurzem Russland, China und der Nahe Osten die Hauptabnehmer deutscher Hähnchenteile, gehören mittlerweile Ghana, Benin, Südafrika und andere afrikanische Staaten zu den wichtigsten Importländern. Die Folgen für die lokalen Hähnchenmastbetriebe in Westafrika sind verheerend. Viele mussten aufgeben. Arme Bauern und Hühnerhalterinnen haben eine wichtige Einnahmequelle verloren.

All das bedeutet nicht, dass wir auf den Konsum von Hühnern und anderem Fleisch vollkommen verzichten müssen. Tierhaltung und Fleischverzehr gehören ja seit tausenden Jahren zu Landwirtschaft und Ernährung. Allerdings sollten wir unsere Art von Produktion und Konsum grundsätzlich überdenken: Wir müssen sie schonender gestalten – und verringern. In jedem Fall ist es

## Hühnerhandel

### Geflügelfleischexporte der EU der Jahre 2000 bis 2014



Quelle: <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>

nötig, die Produktionskette von Hühnerfleisch zu verkürzen, mehr Futter im Inland herzustellen, den Medikamenteneinsatz in der Mast drastisch zu reduzieren, das ganze Tier zu verzehren und auf Exporte von Fleischresten in arme Länder zu verzichten.

#### Das Ausmaß der Massenherstellung

Die Produktion von Hühnerfleisch in Deutschland nimmt weiter zu. Während sie 2004 bei rund 600.000 Tonnen lag, war es 2013 bereits knapp eine Million Tonnen. Denn die Nachfrage wächst. Kamen 1991 erst gut acht Kilogramm Hühnerfleisch pro Kopf und Jahr auf den Tisch, essen die Deutschen mittlerweile durchschnittlich 12,4 Kilogramm Huhn jährlich.

Um die steigenden Mengen für die globalen Verbraucherinnen und Verbraucher zur Verfügung zu stellen, werden weltweit gegenwärtig über 100 Millionen Tonnen

Geflügelfleisch pro Jahr produziert. In Schwellenländern wie China, Indien und Brasilien nimmt die Geflügelmast am stärksten zu, aber auch in Industriestaaten wie den USA und der Europäischen Union wächst sie noch leicht.

#### Futter, Vertreibung und Gift

Das für so viele Tiere nötige Futter wächst nicht alleine in Deutschland oder Europa. Getreide wie Weizen und Gerste, die zum guten Teil aus einheimischer Produktion stammen, machen nur etwa die Hälfte des Hühnerfutters aus. Weitere 20 Prozent sind Mais, Erbsen, Pflanzenöl und Mineralstoffe. Das für die intensive Haltung erforderliche, proteinreichste Futter kommt dagegen überwiegend aus Südamerika und den USA. Soja ist die Basis für etwa ein Drittel der Futtermittel in den Mastanlagen. Proteinreiches Tiermehl aus Schlachtabfällen oder Supermarktrückläufen ist in der EU dagegen verboten.

## Landvertreibungen in Paraguay

In dem kleinen südamerikanischen Land ist zu beobachten, welche problematischen Auswirkungen der großflächige Sojaanbau mit sich bringt. Vom Sojaboom im Nachbarland Brasilien angezogen, konkurrieren einheimische und ausländische Investoren um neue Anbauflächen, die die Nachfrage des Weltmarktes befriedigen sollen. So kommt es nicht selten vor, dass der Sojaanbau mit halblegalen und illegalen Methoden ausgedehnt wird. Einheimische Kleinbauern, die das Land traditionell bewirtschaften, werden vertrieben. Dabei helfen nicht selten die Polizei und private Sicherheitsfirmen. Ein beliebtes Mittel der professionellen Landräuber besteht darin, Besitztitel für Land zu fälschen, die örtliche Verwaltung zu bestechen und einheimische Bauern auf diese Art um ihre Rechte zu bringen. Besonders betroffen sind Angehörige der indigenen Bevölkerungen Südamerikas, die oft Land nutzen, das seit alten Zeiten im Gemeinbesitz und verwaltungstechnisch nicht erfasst ist.

Durch die Vertreibung verlieren die ortsansässigen Bauern das Land, das sie brauchen, um Lebensmittel für ihren Eigenbedarf herzustellen. Mit der Zerstörung der Subsistenzlandwirtschaft wird aus Armut Hunger. Ihres Lebensunterhaltes beraubt, bleibt der armen Bevölkerung dann nicht anderes übrig, als in provisorischen Barackensiedlungen am Rande der Sojagebiete zu vegetieren. Oder sie ziehen in die Elendsviertel der Städte. Großflächiger Sojaanbau kann so zu verschärfter Unterentwicklung führen. Paraguay ist laut Welthungerindex der Vereinten Nationen das einzige Land Südamerikas, in dem der Hunger in den vergangenen zehn Jahren zugenommen hat. So sieht die Schattenseite der industriellen Agrarökonomie Südamerikas aus, die für ihre Produktionssteigerungen, Exporterfolge und Wohlfahrtsmehrung gefeiert wird.

Die in Deutschland verfütterten Sojabohnen werden zum überwiegenden Teil aus Brasilien, Argentinien und Paraguay importiert. Auch die USA und Kanada spielen eine große Rolle. Bei Sojaschrot sind die wichtigsten Produzentenländer Argentinien und Brasilien. Weltweit wurde die Fläche für den Sojaanbau seit Ende der 1980er Jahre etwa verfünffacht, die Produktionsmenge ebenso. Gerade in Südamerika hat der Anbau stark zugenommen.

Es sind nicht nur große Agrarunternehmen, die den Anbau von Soja vorantreiben. In Brasilien nehmen auch mittlere Agrarbetriebe und eher kleinbäuerliche Familienbetriebe am Sojageschäft teil. Ganze Landstriche Südamerikas bedienen mittlerweile den internationalen Futtermittelmarkt. Um das für Deutschland benötigte Soja anzubauen, ist alleine in Südamerika eine Fläche von etwa zwei Millionen Hektar nötig. Das entspricht etwa der Größe Mecklenburg-Vorpommerns.

### Pestizide und Gentechnik

Um maximale Anbauerfolge zu erzielen, setzen die Sojaunternehmen systematisch und massiv Pestizide ein. Diese werden großflächig per Flugzeug oder von Traktoren aus versprüht. Die giftigen Substanzen wehen oft

über die Sojaplantagen hinaus auf die Felder und Gärten der Nachbarbauern. Sie reichern sich außerdem im Grundwasser an und sind im Trinkwasser nachweisbar. Mediziner berichten, dass in den Sojagebieten häufiger als normal Missbildungen bei Neugeborenen auftreten. Hin und wieder wird auch über Fälle von akuter Vergiftung und Tod durch Pestizide berichtet.

Ein großer Teil des in Südamerika verwendeten Saatguts ist in seiner genetischen Substanz verändert. In Argentinien und Paraguay sind es fast 100 Prozent. Brasilien baut zu etwa 80 Prozent genverändertes und zu 20 Prozent nicht manipuliertes Soja an. Letzteres hängt vor allem mit der Nachfrage in Europa zusammen, wo beispielsweise die deutschen Eierproduzenten den Verbraucherinnen und Verbrauchern versprechen, auf Gensoja bei der Fütterung der Legehennen zu verzichten.

Eines der Probleme beim Anbau genmanipulierten Sojas besteht darin, dass der Marktführer Monsanto sein auf die Pflanzen abgestimmtes Herbizid „Roundup“ gleich mitliefert. Ihre Genveränderung macht die Gewächse resistent gegen das Pflanzengift, das andere, unerwünschte Kräuter auf den Feldern vernichtet. Allerdings haben Unkräuter inzwischen Resistenzen aufgebaut, so dass die Farmer doppelt oder dreifach starke



Der brasilianische Regenwald zwischen Lucas do Rio Verde und Sinop musste in den letzten Jahren Soja-Monokulturen weichen. Leichtflugzeuge versprühen auf die Sojapflanzen Pestizide.

Pestizide versprühen müssen. Den massiven Einsatz von Roundup machen Bauernfamilien und Mediziner für Vergiftungen, Krankheiten und Missbildungen verantwortlich.

Ein Bestandteil von Roundup ist Glyphosat, der weltweit am meisten genutzte Wirkstoff für Unkrautvernichtung. Während unter anderem das Pestizid Aktionsnetzwerk (PAN) ihn schon länger für potenziell gefährlich hielt, wiegelte die Industrie ab. Auch in Deutschland enthalten viele zugelassene Pestizide Glyphosat. Im März 2015 nun stuft die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Stoff als „wahrscheinlich krebserzeugend bei Menschen“ ein. Das ist die zweithöchste der fünf WHO-Kategorien für Krebsrisiken von Wirkstoffen.

### Regenwald und Flächenfraß

Indem die Landwirtschaftsbetriebe immer neue Flächen für Soja beanspruchen, üben sie Druck auf andere Nutzungen aus. So verdrängen die Sojaplantagen beispielsweise die kleinflächigen Betriebe der einheimischen Bauern, auf denen diese Grundnahrungsmittel erzeugen. Die Kleinbauern müssen sich daraufhin andere Auskommen suchen, ziehen nicht selten weiter und roden Flächen an den Rändern der Tropenwälder.

Aber die Sojakonzerne arbeiten sich auch selbst in die Naturwälder Südamerikas vor. Brasilien verlor zwischen 1990 und 2010 etwa 55 Millionen Hektar Wald, schätzt die Welternährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO). Das entspricht ungefähr der 1,6-fachen Fläche Deutschlands. Auch in Argentinien und Paraguay ist der Verlust ursprünglicher Wälder erheblich und trägt genauso zum Verlust des Artenreichtums bei wie das Umbrechen der Pampa oder der Savannen in Zentralbrasilien.

### Hühnerproduktion in Deutschland

Die Europäische Union gehört zu den größten Geflügelproduzenten weltweit. 2012 standen die USA auf Platz 1, dicht gefolgt von China. Rang 3 nahm bereits die EU ein. Rund 12,8 Millionen Tonnen Geflügelfleisch verließen die europäischen Schlachthöfe. Dahinter kamen mit geringeren Produktionsmengen Brasilien, Mexiko und Indien. Deutschland stellte 2013 alleine 1,5 Millionen Tonnen Geflügelfleisch her, davon knapp eine Million Tonnen Hühnerfleisch. Das bedeutet: Innerhalb des Jahres wurden rund 650 Millionen Jungmasthühner zwischen Rhein und Oder geschlachtet.

## Der Einsatz von Antibiotika

Um angesichts dieser Bedingungen Krankheiten zu unterbinden, werden die Hühner mit Medikamenten versorgt. Dabei kämen auch systematisch Antibiotika zum Einsatz, ergab eine Untersuchung im Auftrag des nordrhein-westfälischen Umwelt- und Verbraucherministers Johannes Rimmel. Das Wachstums- und Gesundheitsdoping bezeichnete Rimmel als „in rechtlicher und ethischer Hinsicht nicht akzeptabel“.

Eines der Probleme: Keime mutieren so, dass sie gegen die Antibiotika resistent werden. Diese widerstandsfähigen, potenziellen Krankheitserreger geraten mit dem Hühnerfleisch aus der Massentierhaltung in die menschliche Nahrungskette. Wenn sie beim Menschen Krankheiten auslösen, sind diese teilweise nicht mehr mit den gängigen Antibiotika zu behandeln. Schätzungen zufolge sterben in Deutschland jährlich 15.000 Bürger an solchen multiresistenten Keimen, die aber nur zum Teil aus der Tierhaltung kommen. Der Bund für Umwelt und Naturschutz hat 2014 diese Krankheitserreger in jeder zweiten untersuchten Putenfleischprobe gefunden.

Die größten Fleischkonzerne weltweit sitzen in Brasilien (unter anderem JBS), in den USA (unter anderem Cargill und Tyson Foods) und Japan (Nippon Meat Packers). Die frühere US-Firma Smithfield ist mittlerweile in chinesischem Besitz. Große Schlachtunternehmen in Europa sind beispielsweise Danish Crown und die aus Frankreich stammenden Firmen Vion und Doux. Zu den größten Geflügelschlachthof-Firmen in Deutschland zählen PHW-Wiesenhof, Rothkötter, Sprehe, Heidemark und Plukon.

Die Hühnerproduktion ist ein von Anfang bis Ende industrialisierter Prozess. Maschinen brüten die Eier aus und sortieren die Küken. In der konventionellen Haltung werden die Jungmasthühner in der Regel auf dem Boden künstlich beleuchteter Hallen mit 10.000 bis 40.000 Tieren gehalten. An die frische Luft kommen sie niemals. Dank speziell gezüchteter, schnell wachsender Sorten und viel Kraftfutter erreichen die Hühner ihr Schlachtgewicht bereits nach einem Monat. Oft können die Tiere kaum laufen, weil ihre Skelette mit dem Fleischwachstum nicht mithalten. Die Hallenböden sind mit den Exkrementen der Tiere bedeckt und werden erst gereinigt,

wenn die gesamte Population zur Schlachtung abtransportiert wird.

### Von Deutschland nach Afrika

Solche Probleme werden drängender. Denn die Produktion von Hühnerfleisch hierzulande wuchs im vergangenen Jahrzehnt rapide. Und der Konsum nahm lange Zeit ebenfalls zu. Erst zuletzt stagnierte er. Mittlerweile stellen die deutschen Schlachthöfe mehr her, als die einheimischen Konsumenten selbst verbrauchen. Deshalb exportiert Deutschland Hühnerfleisch. Nach den USA und Brasilien gehört die EU zu den größten Exporteuren weltweit.

Aus Deutschland werden meist aber nur bestimmte Teile des Huhns ins Ausland geschickt. Das Brustfleisch wird in der Regel an inländischen Fleischtheken angeboten, weil die Verbraucher es als hochwertig schätzen und entsprechende Preise zahlen. Zwar lassen sich auch andere Teile, besonders die Keulen, hierzulande noch verkaufen, aber nicht in der gleichen Menge wie Brustfilets. Daher gehen Teile wie Flügel, Hals, Innereien, Köpfe und Füße in den Welthandel.

### Die zerstörerische Wirkung des Exports

2014 sind die Geflügelfleischexporte der Europäischen Union nach Afrika auf etwa 650.000 Tonnen gestiegen. Deutschland verkaufte ungefähr 50.000 Tonnen, mit leicht zunehmender Tendenz. Der Hintergrund: Nach der Gründung der Welthandelsorganisation 1994 liberalisierten viele Staaten ihre Handelsbeziehungen. Sie schafften Zölle für die Einfuhr von Produkten ab oder reduzierten sie zumindest erheblich. Das erleichterte den Import ausländischer Waren auch in arme, afrikanische Staaten - unter anderen den von Hühnerfleisch. Manche afrikanische Regierung verband damit die Hoffnung, die Bevölkerung der schnell wachsenden Großstädte besser mit Nahrungsmitteln versorgen zu können.

### Frauen als Unternehmerinnen

Weil in traditionell geprägten Gesellschaften das Land meist den Männern gehört, verfügen diese über einen großen Teil der landwirtschaftlichen Einnahmen. Bei Großvieh, das der Fleischproduktion dient, ist es häufig ähnlich. Anders sieht es mitunter bei der Milchherstellung aus - und auch beim Kleinvieh. Hühner zu halten, ist oft Frauensache. Nach Angaben der Welternährungsorganisation (FAO) ist die Tierhaltung in armen Haushalten weltweit zu zwei Dritteln in der Hand von Frauen. Der Verkauf der Eier und des Fleisches verschafft ihnen

eine gewisse Unabhängigkeit. Wenn unregelmäßige Exporte aus reichen Staaten die örtliche Fleischproduktion in Entwicklungsländern unterminieren, so trifft dies also besonders Frauen. Nimmt die einheimische Hühnerwirtschaft dagegen einen Aufschwung, wirkt das als Förderung für Millionen Kleinunternehmerinnen.

### Gegenwehr ist möglich

Ähnliche Probleme wie in Kamerun entstanden auch in anderen Ländern Afrikas. Die europäischen Hühnerfleisch-Importe nahmen ab Mitte der 1990er Jahre in Ghana, Senegal, Benin, Côte d'Ivoire, der Demokratischen Republik Kongo, Angola und Togo zu. Unter dem Druck zivilgesellschaftlicher Organisationen und einheimischer Wirtschaftsvertreter entschlossen sich jedoch einige Regierungen, etwas gegen die Billigeinfuhren zu unternehmen. Erfolgreich waren diese Gegenmaßnahmen unter anderem in Côte d'Ivoire und im Senegal, der ein Importverbot bis 2020 aussprach. Dort erholt sich die lokale Hühnerproduktion nun allmählich wieder. Und die einheimischen Mastbetriebe haben aus der Krise gelernt. Damit die ärmere Bevölkerung sich das Fleisch leisten kann, bieten sie nun auch Hühner Teile an, die billiger sind als das ganze Huhn.



Die Haltung von Masthühnern ermöglicht besonders Frauen zusätzliches Einkommen, da sie oft keinen Zugang zu Land haben. Wenn Augustine Nkometou aus der Nähe von Jaunde/Kamerun alle ihre schlachtreifen Hühner auf einmal verkauft, erhält sie ihre Investitionen zurück und kann neue Küken kaufen.

## Erfolgreicher Widerstand in Kamerun

Kurz nach der Gründung der Welthandelsorganisation gab es plötzlich große Mengen gefrorenen Hühnerfleischs auf den Märkten Kameruns, berichtete der dortige Bürgerverband für die Verteidigung der kollektiven Interessen (ACDIC), eine Partnerorganisation von Brot für die Welt. Das Fleisch war so billig, dass viele Kamerunerinnen und Kameruner keinen Sinn mehr darin sahen, einheimische Hühner zu kaufen. Für ärmere Leute, die sich vorher kein ganzes, lebendes Huhn aus dem eigenen Land leisten konnten, waren die billigen Kleinteile aus Europa nun erschwinglich. Die Folge: Mit sprunghaft steigenden Importen lohnte sich die Produktion für die meisten Hühnerzüchter in Kamerun nicht mehr. ACDIC ermittelte nach der Jahrtausendwende, dass 90 Prozent der einheimischen Fleischproduzenten aufgegeben hatten. Der unregelmäßige Export des billigen, europäischen Hühnerfleischs hat damit eine ganze Wirtschaftsbranche des Entwicklungslandes massiv geschädigt. Die dort Beschäftigten büßten Einkommen ein oder wurden ar-

beitslos. Der Fleischimport in Kamerun trug sicher nicht dazu bei, Armut zu vermindern - er verschärfte sie.

Hinzu kamen Gesundheitsprobleme. Beim stundenlangen Transport auf offenen Kleinlastern in tropischer Wärme taute das gefrorene Hühnerfleisch auf. Hatten die Händler die Strecken vom Hafen zu den Märkten im Landesinneren hinter sich, dauerte es weitere Zeit, bis die Geflügelteile verkauft und verzehrt waren. So kam es häufig zu Erkrankungen. Das europäische Fleisch war inzwischen verdorben, der Mikrobenbesatz überstieg die Grenzwerte bei weitem, oft wurden Salmonellen nachgewiesen und Bakterien, die Durchfallerkrankungen verursachen.

Das war der Anlass für eine Protestkampagne von ACDIC, die mit großer öffentlicher Unterstützung dazu führte, dass die Regierung von Kamerun Importbeschränkungen erließ. Diese trugen zur Wiederbelebung der einheimischen Hühnerproduktion bei. Ab 2007 sanken die Importe des gefrorenen Billigfleischs nach Kamerun massiv und wurden schließlich verboten.

## Was die Politik tun muss

- Die europäische Tierhaltung sollte sich wieder unabhängiger von den Weltmärkten machen.
- Dazu muss die Genehmigung von Tiermastanlagen stärker daran gebunden sein, ob Futtermittelflächen vorhanden sind. Eine gesetzlich vorgeschriebene tiergerechtere Haltung würde die Fleischpreise erhöhen und den Fleischkonsum reduzieren.
- Das Verbot des Medikamenteneinsatzes in der Tiermast könnte die Intensivhaltung zurückdrängen.
- Die EU sollte die Importe von Soja verringern. Wichtig ist vor allem das Importverbot für genverändertes Soja. Einige deutsche Firmen machen es vor: Nach Verbraucherprotesten und Druck des Handels verzichten sie seit 2015 bei der Eierproduktion und zum Teil bei der Fleischmast auf Gensoja. Dadurch erhalten Bauern in Brasilien, die vom Anbau der Gensoja enttäuscht sind, einen Anreiz zur Umstellung ihrer Betriebe.
- Für den Sojaanbau in Südamerika sind strengere Regeln nötig: Menschenrechtliche Mindestanforderungen



In West- und Zentralafrika werden, wie vor dem Importverbot auf dem Mokolo Markt in Jaunde, die auftauenden Hähnchenteile aus Europa angeboten. Einige Länder verboten aufgrund von Protesten von Bürgern und Bauern die Einfuhr. Darunter auch Kamerun.

für den Erwerb von Land, die Beachtung des Rechts auf Nahrung und der Rechte indigener Völker müssen geachtet werden.

- Entwicklungs- und Schwellenländer sollten im Rahmen der Welthandelsorganisation das Recht bekommen, unbürokratisch Billigimporte zu untersagen oder mit hohen Strafzöllen zu belegen, wenn die einheimische Wirtschaft geschädigt wird.

## Was die Unternehmen tun müssen

- Langfristig sollte sich die europäische Fleischindustrie selbst mit Futtermitteln versorgen, indem in der EU mehr Eiweißpflanzen angebaut werden. Eine andere Quelle für proteinhaltiges Futter könnte sich auf-tun, wenn das EU-Verbot zur Verfütterung von Tiermehl aus Schlachtabfällen aufgehoben würde.

## Was die Verbraucher tun können

- Die Verbraucher sollten den selektiven Fleischverzehr beziehungsweise ihren Fleischkonsum insgesamt verringern. Das würde dazu beitragen, die negativen Folgen der Fleischindustrie einzudämmen. Eine Fett- oder Fleischsteuer könnte hierbei helfen.
- Diese Maßnahmen würden den Export von Billigfleisch nach Afrika erschweren. Exporte sollten grundsätzlich nur dann genehmigt werden, wenn die Unternehmen eine lückenlose Kühlkette in den Lieferländern nachweisen.

---

### Zum Weiterlesen

- Marí, Francisco/Rudolf Buntzel (2007): Das globale Huhn. Hühnerbrust und Chicken Wings - Wer isst den Rest?
- Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland/ Heinrich-Böll-Stiftung/Le Monde Diplomatique (2014): Fleischatlas. Daten und Fakten über Tiere als Nahrungsmittel.



Weil der Import von Hähnchenteilen in Kamerun verboten wurde, werden nun wieder Küken für sogenannte Elterntierfarmen importiert, die Tagesküken für die Hähnchenmast produzieren. Eine dieser Farmen steht in der Nähe von Limbe in der Südwest Provinz.

## Interview

# „Das Völkerrecht muss sich den veränderten Bedingungen einer globalisierten Welt anpassen.“

Macht und Einfluss transnationaler Konzerne nehmen stetig zu, Freihandelsabkommen erleichtern ihnen den weltweiten Zugang zu Märkten und Rohstoffen. Gleichzeitig sind Unternehmen bislang nicht verpflichtet, im globalen Geschäftsverkehr auf die Einhaltung der Menschenrechte zu achten. Welche Schritte für einen besseren Schutz vor wirtschaftsbezogenen Menschenrechtsverletzungen nötig wären, erklärt Olivier de Schutter, Mitglied des Sozialausschusses der Vereinten Nationen.

Dass die Menschenrechte gewahrt werden, dazu haben sich die Staaten in den internationalen Menschenrechtsverträgen verpflichtet. Regierungen müssen auch dafür sorgen, dass Unternehmen menschenrechtliche Standards einhalten und Verletzungen der Menschenrechte

ahnden. Doch beim Rohstoffabbau und in den Produktionsstätten oft tausende Kilometer vom Hauptkonzernstandort entfernt ist der Schutz der Arbeits- und Menschenrechte häufig unzureichend. Die Heimatländer der Unternehmen weisen die Verantwortung für die Auslandsgeschäfte ihrer Konzerne weit von sich. So entsteht eine Lücke, unter der vor allem die Menschen im globalen Süden leiden.



Als Mitglied des UN-Sozialausschusses wacht Olivier de Schutter über die Einhaltung der sozialen Menschenrechte. Schon in seiner vorherigen Funktion als Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung hat er die Debatte um den Einfluss globaler Wirtschaft auf die Menschenrechte maßgeblich geprägt.

„Am effektivsten wäre ein Gesetz, das in Deutschland ansässige Unternehmen verpflichtet, bei ihren Tochterunternehmen und Geschäftspartnern für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen.“

**Fast alle Staaten haben die internationalen Menschenrechtsverträge und die ILO-Verträge über Arbeitsrechte unterzeichnet. 2011 hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen außerdem die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verabschiedet. Wieso sind Menschenrechtsverletzungen in den globalen Lieferketten dennoch nach wie vor an der Tagesordnung?**

Olivier de Schutter: Das liegt vor allem daran, dass keines dieser Instrumente ausreichend deutlich macht, dass Staaten sich auch darum kümmern müssen, was ihre Unternehmen im Ausland machen. Immer wieder bestätigen Menschenrechtsexperten, UN-Sonderbericht-

erstattende und einige Menschenrechtsgerichte, wie wichtig die Einhaltung solcher extraterritorialen Menschenrechtsverpflichtungen wäre. Aber die Regierungen sind nach wie vor unwillig, die globalen Geschäftstätigkeiten ihrer Unternehmen als Teil ihrer menschenrechtlichen Schutzpflicht anzusehen. Zum Teil argumentieren sie, dass dies ein Eingriff in die Souveränität anderer Staaten wäre. Vor allem aber ist das vorrangige Interesse vieler Regierungen, dass ihre Unternehmen im Ausland investieren und von dort Rohstoffe beziehen. Darin unterstützen sie die Unternehmen, zum Beispiel durch Freihandelsabkommen. Diese Auslandsgeschäfte will man lieber nicht durch Menschenrechte und Arbeitsstandards bremsen.

**Auch der deutsche Staat ist durch die Ratifizierung der Menschenrechtsverträge verpflichtet, sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen in ihren globalen Geschäften nicht zu Menschenrechtsverletzungen beitragen. De facto tut die Bundesregierung jedoch immer noch nichts dazu. Welche Maßnahmen wären sinnvoll?**

De Schutter: Es gibt verschiedene Wege. Am effektivsten wäre ein Gesetz, das in Deutschland ansässige Unternehmen verpflichtet, bei ihren Tochterunternehmen und Geschäftspartnern für die Einhaltung der Menschenrechte zu sorgen. Das heißt, der deutsche Gesetzgeber würde keine Vorschriften für die ausländischen Tochterunternehmen oder Geschäftspartner erlassen, sondern die deutschen Unternehmen verpflichten, ihre Lieferketten im Blick zu haben und menschenrechtlichen Risiken effektiv entgegenzuwirken. Dies wäre ein sehr wirksamer Ansatz und stünde auch im Einklang mit den einstimmig angenommenen UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, nach denen alle Unternehmen die Verantwortung haben, in ihren Geschäftsbeziehungen die Menschenrechte zu achten.

**Brot für die Welt und andere zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich schon lange für ein solches Gesetz ein. Die Bundesregierung lehnt dies bislang ab, auch unter Verweis auf Wettbewerbsnachteile gegenüber Nachbarländern, wo Unternehmen solchen Vorschriften auch nicht unterliegen. Brauchen wir globale Regeln?**

De Schutter: Tatsächlich sind ja alle Länder bereits verpflichtet, Menschen vor Rechtsverletzungen durch Unternehmen zu schützen. Dies ist mehrfach durch

die Ausschüsse der Vereinten Nationen bestätigt worden, insbesondere vom UN-Sozialausschuss, dem ich auch angehöre. Leider haben die Ausschüsse der Vereinten Nationen jedoch die Gewohnheit, den Regierungen einen weiten Spielraum bei der Umsetzung zu lassen. Außerdem verstehen und akzeptieren die Staaten oft die Reichweite ihrer Schutzpflicht nicht. Auch die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte waren in diesem Punkt leider viel zu zögerlich.

Benötigt werden also eigentlich nicht andere Regeln, die existierenden Menschenrechtsverpflichtungen müssen nur deutlicher ausbuchstabiert werden. Das Völkerrecht muss sich in diesem Punkt noch viel expliziter weiterentwickeln und sich damit den veränderten Bedingungen einer globalisierten Welt anpassen.

**Einige Staaten aus dem globalen Süden haben ja gerade einen neuen Versuch gestartet, bei den Vereinten Nationen einen verbindlichen Vertrag über Menschenrechtsstandards für Unternehmen auszuhandeln. Deutschland bleibt den Verhandlungen bisher fern. Was müsste in einem solchen neuen Völkerrechtsvertrag stehen?**

De Schutter: Der Vertrag müsste explizit festlegen, dass Staaten effektive Mechanismen schaffen müssen, um Menschenrechtsverletzungen durch ihre Unternehmen zu verhindern - und dies schließt die Unternehmensaktivitäten im Ausland mit ein. Vor allem aber müssen Staaten entsprechende Menschenrechtsverstöße ahnden, also eine zivilrechtliche Haftung ermöglichen, und in schweren Fällen auch strafrechtliche Sanktionen. In öffentlichen Verträgen mit Unternehmen, also in der Auftragsvergabe und der Außenwirtschaftsförderung, müssen selbstverständlich hohe menschenrechtliche Sorgfaltsstandards Bedingung sein.

Als ganz neues Element sollten Staaten sich in einem solchen Vertrag verpflichten, mehr miteinander zu kooperieren und sich bei grenzüberschreitenden Fällen von Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen gegenseitig zu unterstützen. Ich denke dabei an Informationsaustausch, Ermittlungen vor Ort und die Suche nach Zeugen, die Vollstreckung eines Urteils eines anderen Staates gegen ein Unternehmen, das Einfrieren von Vermögen. Es gibt viele Möglichkeiten, wie Staaten sehr viel effektiver zusammenarbeiten könnten, um die Verantwortlichen in transnationalen Fällen von Menschenrechtsverletzungen zur Verantwortung zu ziehen und damit ihre menschenrechtliche Schutzpflicht zu erfüllen.

## Kapitel 4

# Für eine ökologisch und sozial nachhaltige Wertschöpfungskette Brot für die Welt engagiert sich in Deutschland, Europa und weltweit

Seit über 50 Jahren engagiert sich Brot für die Welt für mehr soziale Gerechtigkeit in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Soziale und ökologisch nachhaltige Wertschöpfungsketten sind ein zentraler Bestandteil davon. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen treten wir in den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas für eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse jener Menschen ein, die für Verbraucher auf der ganzen Welt zum Beispiel Autos, Fleisch oder Kleidung produzieren.

Brot für die Welt unterstützt indigene und andere lokale Gemeinschaften darin, sich gegen den Ausverkauf ihrer traditionellen Nutzflächen zu wehren und sozial und nachhaltig zu produzieren. Nichtregierungsorganisationen und soziale Bewegungen vor Ort stärkt Brot für die Welt in ihren Bemühungen, die lokalen Rahmenbedingungen für ein gerechtes Wirtschaften zu verbessern. Durch den Aufbau von Netzwerken über juristischen Beistand und Lobbyarbeit bis hin zur Beteiligung an transnationalen Dialogprozessen und Kampagnen versucht Brot für die Welt außerdem, Einfluss auf die Politik und die international tätigen Unternehmen zu nehmen, so dass Landraub, Umweltzerstörung und Arbeitsausbeutung gar nicht erst geschehen.

### **Unternehmen müssen Menschenrechte achten**

In vielen Ländern werden Menschen nicht ausreichend vor Ausbeutung oder Vertreibung geschützt. Internationale Konzerne, die in diesen Ländern aktiv sind oder ihre Produkte von dort beziehen, profitieren durch billige Produktionskosten von den niedrigen Standards, weisen aber meist jede Verantwortung von sich. Brot für die Welt fordert deswegen in Deutschland und Europa, dass Unternehmen gesetzlich dazu verpflichtet werden, bei ihren Auslandsgeschäften Menschenrechte einzuhalten. Brot für die Welt unterstützt einige Partnerorganisationen außerdem dabei, international tätige Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen, indem konkrete Fälle gemeinsam aufgearbeitet und juristisch begleitet werden. Dabei setzt sich Brot für die Welt beispielsweise für den Abbau prozessualer Hürden in Deutschland ein, damit Betroffene deutsche Unternehmen gerichtlich zur Verantwortung ziehen können.

Bei den Vereinten Nationen hat sich eine zwischenstaatliche Arbeitsgruppe gebildet, um verbindliche Menschenrechtsstandards für transnationale Wirtschaftsaktivitäten zu entwickeln. Brot für die Welt unterstützt diesen Prozess gemeinsam mit vielen anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Bislang sind vor allem Entwicklungs- und Schwellenländer involviert, während die Industrienationen einschließlich Deutschland die freiwilligen Standards ausreichend finden. Es ist darum ein zentrales Anliegen von Brot für die Welt, dass die Bundesregierung an den Verhandlungen bei den Vereinten Nationen für ein Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten teilnimmt und sich dort für verbindliche menschenrechtliche Vorgaben im globalen Geschäftsverkehr einsetzt.

Auf EU-Ebene kommt der Verabschiedung einer Regelung zu den sogenannten „Konfliktmineralien“ große Bedeutung zu. Brot für die Welt unterstützt eine Initiative des Europäischen Parlaments, wonach die EU eine verbindliche Regelung verabschieden soll, mittels der verhindert werden kann, dass in Zukunft gewalttätige Konflikte durch den Abbau und den Handel mit Mineralien gefördert und finanziert werden.

### **Es ist nötig, endlich umzudenken**

Ein Umdenken hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigen Handelspolitik ist nötig. Zusammen mit unseren Partnerorganisationen im globalen Süden fordern wir eine Abkehr von der bisherigen europäischen Handelspolitik, deren wichtigstes Anliegen es ist, die Handelsbeziehungen einseitig zu liberalisieren und europäischen Unternehmen einen besseren Zugang zu den Märkten und Rohstoffen in Entwicklungs- und Schwellenländern



Fairer Lohn durch Fairen Handel: Mit Unterstützung der Brot für die Welt-Partnerorganisation CEDAC bauen Nhem Sovannary und ihr Mann in Kambodscha Reis an, der als fair gehandeltes Nahrungsmittel in Deutschland und den USA angeboten wird.

zu verschaffen. Wir setzen uns dafür ein, dass Entwicklungsländer in bilateralen Verträgen wie in multilateralen Vereinbarungen ihr Recht auf einen Marktschutz ihrer Kleinindustrien und kleinbäuerlichen Produktion wahrnehmen können.

In der Landwirtschaft muss eine agrarökologische Produktion in den Vordergrund gestellt werden, sowie sie der Weltagrarbericht oder das Konzept der Ernährungssouveränität fordern. Sie geben regionalen Wertschöpfungsketten in der Nahrungsproduktion den Vorzug vor inputabhängigen Anbaumethoden mit Hybridsaatgut, Pestiziden, Kunstdünger, Monokulturen und Massentierhaltung. In dem kleinbäuerliche Produzenten in exportorientierte Wertschöpfungsketten (Kaffee, Kakao, Bananen, etc.) einbezogen werden, entwickelt Brot für die Welt als Mitträger des Fairen Handels soziale und ökologische Kriterien mit seinen Partnerorganisationen weiter. Denn faire Preise für Produkte aus dem Süden sind kein Almosen, sondern schaffen Strukturen für einen gerechteren Handel weltweit.

Durch diese verschiedenen Initiativen versucht Brot für die Welt, die Rechte der Menschen zu stärken und der zunehmenden Macht und dem Einfluss globaler Konzerne auf Politikgestaltung und gesellschaftliches

Zusammenleben entgegenzutreten. Die dringend notwendige, sozial-ökologische Transformation unseres Wirtschaftens kann jedoch nur gelingen, wenn wir alle unsere Konsummuster überdenken und gemeinsam dafür eintreten, dass Menschenrechte Vorrang vor Investitions- und Profitinteressen haben.

### Zum Weiterlesen

- European Center for Constitutional and Human Rights/Brot für die Welt/Misereor (Hrsg.) (2014): Unternehmen zur Verantwortung ziehen. Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen. Veröffentlicht unter: [www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Broschuere\\_Unternehmen\\_zur\\_Verantwortung\\_ziehen.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Sonstiges/Broschuere_Unternehmen_zur_Verantwortung_ziehen.pdf), 9.11.2015
- Brot für die Welt/Global Policy Forum/Misereor (2012): Vom Erz zum Auto. Abbaubedingungen und Lieferketten im Rohstoffsektor und die Verantwortung der deutschen Automobilindustrie. Veröffentlicht unter: [www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2\\_Downloads/Themen/Menschenrechte\\_und\\_Frieden/Vom\\_Erz\\_zum\\_Auto.pdf](http://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Themen/Menschenrechte_und_Frieden/Vom_Erz_zum_Auto.pdf), 9.11.2015
- Marí, Francisco/Rudolf Buntzel (2007): Das globale Huhn. Hühnerbrust und Chicken Wings - Wer isst den Rest?

**Brot für die Welt –  
Evangelischer  
Entwicklungsdienst**

---

Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin

---

Tel +49 30 65211 0  
Fax +49 30 65211 3333  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de